

Wester-Beitung

Preis: 10 Pf. Durch die Post: 12 Pf. Einzelnummern 10 Pf. Unter Abrechnung 3,00 Mk. Anzeigen: 10 Pf. pro Zeile. Die Beilage „Der Rote Stern“ kostet 10 Pf. — Schluss der Abnahme in der Hauptredaktion 5 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 12 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kronprinz Str. 50, Tel. 500 00.
Postfach 200; Breslau 544. Redaktion: Breslau, Kronprinz
Straße 50, Tel. 239 02. Geschäftsbesorgung: Breslau, Kronprinz
Straße 50, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktionen:
Görlitz, Moritzstr. 20, Tel. 4085; Oppeln, Adalbertstr. 11, Tel. 1244;
Görlitz, S. 1, Telefon 2384. Geschäftsbesorgung: Breslau, Kronprinz
Straße 50, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Geschäfts-
stand am Hauptverlag Breslau. — Verlag: G. H. H. Verlagsgesellschaft
m. B. G., Breslau. — Druck: „Neubau“, Berlin, Fil. Breslau, Kronprinz Str. 50.

KPD. in Preußen verboten!

Ausdehnung aufs Reich in Aussicht gestellt — Die SPD.-Minister ebnen den Weg für die faschistische Diktatur

Heraus zum Massenprotest!

Wie die „Montagspost“ berichtet, hat der preussische Minister des Innern, Grzesinski, den Roten Frontkämpferbund für ganz Preußen verboten. Das Verbot tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Die amtliche Zustellung an die Leitung des Bundes, in der auch die Gründe für das Verbot enthalten sind, erfolgt im Laufe des heutigen Vormittags. Gleichzeitig finden im Reichsministerium des Innern Beratungen über die Ausdehnung dieses Verbotes auf das ganze Reich statt. Die Entscheidung hierüber wird noch im Laufe des heutigen Tages fallen.

Noch ist die Nachricht der „Montagspost“ nicht amtlich bestätigt, da Hausdurchsuchungen in Breslau bereits die Beamten der politischen Polizei in den Wohnungen der KPD-Funktionäre, um Propagandamaterial, Sammellisten des KPD, zu rauben. Es ist klar, Grzesinski, der noch vor wenigen Tagen in einem amtlichen Dementi in Abrede stellte, daß ein Verbot des KPD geplant sei, wollte durch das plötzliche, bezeichnenderweise am Sonntag erlassene Verbot den KPD überrollen. Die sozialfaschistischen Führer führen Schlag für Schlag gegen die revolutionäre Arbeiterschaft und ihre Organisationen. Der Schanderlaß Grzesinski war die Vorbereitung und das Signal zum Vorstoß. Die blutige Niederschlagung der revolutionären Arbeiterschaft am 1. Mai in Berlin war der zweite Schlag. Dann folgte Ausnahmezustand in Mecklenburg und Weiching, Verbot der „Roten Fahne“, Beschlagnahme kommunistischer Zeitungen im ganzen Reich, Verbot des Roten Reichstreffens in Hamburg und jetzt Verbot des KPD in Preußen, mit der Ankündigung, es auf das Reich auszudehnen. Mit Riesenschritten bereiten die sozialfaschistischen Führer der offenen faschistischen Diktatur der Trustbourgeoisie in Deutschland den Weg. Mit Schupo und Reichsmehr, im Bunde mit den faschistischen Verbänden, soll der revolutionären Arbeiterschaft eine vernichtende Niederlage beigebracht werden. Die sozialfaschistischen Führer, sie führen mit der ihnen eigenen Ansdiesigkeit die Befehle des Trustkapitals aus. Das Organ der rheinischen Schwerindustrie, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, schrieb in ihrer Sonntagsnummer:

„Das mindeste, was man verlangen kann, ist, daß sie die kommunistische Partei und alle ihre Unterorganisationen, vor allem aber den Roten Frontkämpferbund, auflösen und gar keinen Zweifel darüber lassen, daß an die Aufhebung dieses Verbotes in Jahren nicht mehr zu denken ist (!). Darüber hinaus sollten sich die Herren endlich einmal die große Liste aller diejenigen kommunistischen Verbände vornehmen, die neben der KPD, noch existieren, wie die Z. A. P., die A. S. D., die A. S. O., den Internationalen Bund der Kriegssopfer, den R. F. M. B. usw. usw. Sie alle sind doch nur gegründet worden, um die KPD illegal dann weiterzuführen, wenn sie einmal der Auflösung verfallen sollte. Ein ganz besonderes Kapitel bilden dabei die Abgeordneten der Kommunisten... Einer starken Staatsgewalt muß es möglich sein, auch sie zu fassen. Wenn nicht anders, dann dadurch, daß man sie samt und sonders wegen Anstiftung und Beihilfe zum Aufbruch unter Anklage stellt und die Aufhebung ihrer Immunität beschließt. (!) Dann sind wenigstens für die nächste Zeit Aussichten.“ (!)

Die klare Sprache des Unternehmerblattes zeigt den Weg, der den sozialfaschistischen Führern von ihren Auftraggebern angewiesen wird. Das niederträchtige Verbot des KPD ist der Vorboten für weitere Unterdrückungsmaßnahmen, für Verbot der kommunistischen Partei, der K. P., Z. A. P., für die Beseitigung der Immunität der Abgeordneten, ihre Auslieferung an die weiße Rachejustiz.

Höchste Alarmbereitschaft, höchste politische Aktivität, ist jetzt das Gebot der Stunde. Sicher ist sofort das Eigentum der revolutionären Arbeiterschaft vor den Zugriff der Staatsgewalt. Stärkt die kommunistische Partei durch Massenwerbung! Beantwortet das niederträchtige heimtückische Verbot des KPD mit erhöhtem Kampf gegen die sozialfaschistische Koalitionsregierung, mit der Mobilisierung der Massen gegen die sozialdemokratischen Arbeitermörder. Was Wendell nicht durchzuführen konnte, will Grzesinski erreichen. Er wird sich täuschen. Mit all ihren revolutionären Kräften wird und muß die Ar-

- beiterschaft rüsten zur Niederschlagung des Sozialfaschismus.
- Ein Massenprotest aus den Betrieben, neue wuchtige Riesenschlagungen müssen das Echo des KPD-Verbotes sein.
- Aus Hunderttausenden von Köhlen muß es Grzesinski entgegenstellen:
- Nieder mit dem blutbesteckten Sozialfaschismus!
- Fort mit der sozialfaschistischen Koalitionsregierung!

KPD-Büro Breslau polizeilich befehlt!

Breslau, 6. Mai.
Heute früh, um etwa 8,30 Uhr, befehlt ein Aufgebot von vier Kriminalbeamten das Gaubüro des KPD. Vor der Befehlsung des Büros machte die Kriminalpolizei Hausdurchsuchung bei dem Geschäftsführer Scholz und Kameraden Fiedler. In den Wohnungen einiger KPD-Funktionäre fanden ebenfalls Hausdurchsuchungen statt. Die Kriminalbeamten sind damit beschäftigt, meterlange Listen über die beschlagnahmten Gegenstände und Material anzufertigen. Nach dem Befehl des Innenministers müssen selbst der Meister und die Bürogehilfen beschlagnahmt werden, da auch diese Utensilien „staatsgefährliche Instrumente“ sind. Bei Redaktionschluss waren die Beamten mit ihrer „Arbeit“ noch nicht fertig.

Arbeitsruhe am Beerdigungstage der Opfer

Eine Versammlung der Funktionäre der KPD, Berlin, faßte einstimmig den Beschluß, am Tage der Beerdigung der Opfer des Sozialfaschismus, voraussichtlich am Mittwoch, die Berliner Arbeiterschaft aufzufordern, in der Zeit von 14 Uhr die Betriebe zu verlassen, um sich an der Beerdigung zu beteiligen. In der Zeit von 14 bis 14,15 Uhr soll in allen Betrieben des Reiches zum Andenken an die ermordeten Opfer die Arbeit ruhen.

Der Beerdigungstag der Opfer Jörgiebels muß auch in Schlesien und Oberschlesien im Zeichen des Kampfes gegen den blutbesteckten Sozialfaschismus stehen. Arbeiter und Arbeiterinnen Schlesiens und Oberschlesiens, laßt am Mittwoch von 14 bis 14,15 Uhr die Arbeit ruhen!

Ehrt die heldenhaften Kämpfer, die im Kampf gegen den Sozialfaschismus gefallen sind. Gestaltet den Beerdigungstag zu einer machtvollen Demonstration für den Kampf des Proletariats gegen den blutbesteckten Sozialfaschismus!

Vollkommenes Fiasco in Genf

Die Abrüstungskommission nahm Sonnabend mit 22 gegen 2 Stimmen eine gemeinsame französisch-amerikanische Entschlie-
gung an, in der sogar die von Deutschland beantragte direkte Methode der Beschränkung des Kriegsmaterials abgelehnt wird, ganz zu
schweigen von den weitergehenden Anträgen der Sowjetunion. Gegen
diese Entschliegung stimmten Sowjetrußland und China. Der deutsche
Vertreter, Graf Bernstorff, enthielt sich der Stimme. (!) Sehr schär-
f wurde der Antrag der beiden Abordnungen von Litwinow zurück-
gewiesen, der darin einen Rückschritt und endgültigen Ver-
zicht auf die Beschränkung des Kriegsmaterials feststellte.

Nieder mit den sozialfaschistischen Arbeitermördern

Während die Empörung der Arbeiterschaft über das schändliche Verbrechen der sozialfaschistischen Arbeitermörder in Berlin und im Reich von Tag zu Tag wächst, versucht der Lügenbund von Jügenberg und Ullstein bis zum SPD-Vorstand durch eine beispiellose gemeine und verlogene Pogromheke gegen die kommunistische Partei den klaren, eindeutigen Sachverhalt zu verbunkeln und die Tatsachen in ihr Gegenteil umzufälschen.

Es kann ihnen nicht mehr gelingen, die Berliner Demonstration, die Hunderttausende von Menschen, die Teilnehmer oder Augenzeugen der Maidemonstration waren, zu täuschen. Deshalb versuchen sie ihr Glück besonders im Reich, wo in diesen Tagen in der SPD-Presse und in der bürgerlichen Presse Hunderte von verlogenen Berichten über das Jörgiebel-Blutbad erscheinen.

Auch diese Lügenoffensive der Koalitionspresse wird die revolutionäre Empörung der Werktätigen, den Haß gegen das blutige Regime der Koalitionsregierung, die Protestaktion der breiten werktätigen Massen nicht verhindern können.

Die Arbeiterschaft zieht die

politische Bilanz.

Und diese Bilanz ist vernichtend für die SPD, die Partei des organisierten Arbeitermordes, im höchsten Maße positiv für die revolutionäre Partei des Proletariats und für das Berliner Proletariat.

Was zeigt die Bilanz? Das Berliner Proletariat hat am 1. Mai das Recht des Proletariats auf die Straße mit schwersten Opfern, aber mit Erfolg verteidigt. Die Arbeiter ließen sich die Straße trotz aller mörderischen Angriffe der Jörgiebel-Soldateska nicht nehmen. Sie waren nach dem Blutbad am 1. Mai am 2. Mai wieder da und haben zu Hunderttausenden wiederum unter schwersten Opfern bewiesen, daß das Proletariat auch unbewaffnet imstande ist, sein Recht auf die Straße zu behaupten.

In der wilden Verbots- und Pogromheke gegen die KPD steht an der Spitze der Parteivorstand der SPD. In seinem Auftrug wird behauptet, die KPD, wollte Lote, „um ihren Bankrott zu verbergen.“ Es ist überflüssig, auch nur ein Wort über den durchsichtigen lächerlichen Schwindel mit dem „Bankrott“ zu verlieren, in einer Zeit, wo jede größere Wahl in den Betrieben mit überwältigenden Siegen für die kommunistische Partei und für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition endet. In der Tat, die bürgerliche faschistische Presse berichtet auch auf die Wiederholung dieses Blödsinns und behauptet einfach, die kommunistische Partei wollte den bewaffneten Aufstand in Berlin proklamieren. Beweis: die Barrikaden!

Was wollten wir?

Die Kommunisten unterscheiden sich von der Bourgeoisie und von den Arbeiterverrättern dadurch, daß sie es nicht nötig haben, ihre Ziele zu verschleiern. Sie verkünden offen, daß die kommunistische Partei, die Partei Lenins, die Partei des bewaffneten Aufstandes ist, die in diesem Mittel die unvermeidliche Form der Machteroberung in einer unmittelbaren revolutionären Situation erblickt. Da heute die Situation nicht unmittelbar revolutionär ist, ruft die kommunistische Partei auch nicht zum bewaffneten Aufstand auf. Sie organisiert die revolutionäre Verteidigung des Proletariats und die proletarische Offensive gegen die bürgerliche Diktatur heute in den Formen mit den Mitteln, die der heutigen Lage entsprechen.

Deshalb hat die Partei das Berliner Proletariat zur unbewaffneten Demonstration am 1. Mai aufgerufen. Unbewaffnet gingen die Arbeiter auf die Straße. Sie haben Barrikaden gebaut, um sich gegen die mörderischen Angriffe der Polizei zu schützen. Die Arbeiter haben sich gewehrt. Das ist der Sinn der Barrikaden gewesen und nicht die Absicht der Partei, den bewaffneten Aufstand im gegebenen Augenblick zu proklamieren — eine Lüge, die die Presseleute der Bourgeoisie zum Schrecken der Spießer verwendet.

Es kann kein Zweifel darüber herrschen: Das Berliner Proletariat und die Arbeitermassen im Reich müssen auch nach dem 1. Mai ihr Recht auf die Straße, ihre Rechte und ihr Leben gegen die faschistischen Terrorangriffe der Polizei und des gesamten Gewaltapparats der Koalitionsregierung verteidigen. Sie werden aus dem 1. Mai die Lehren ziehen. Und diese Lehren werden nicht im feigen Zurückweichen, sondern in der Organisation der revolutionären Verteidigung des Proletariats gegen den Polizeiterror des Sozialfaschismus und des Trustkapitals bestehen.

Was wird? Von allen Arbeitern muß jetzt klar erkannt

Immer noch Ausnahmezustand in Berlin

Obwohl seit Sonnabend selbst weder im Wedding noch in Neukölln gekämpft wird, herrscht dort immer noch der Belagerungszustand. Polizeibeamte mit schußbereitem Karabiner halten die Arbeitervertreter abgeriegelt, Autos mit aufmontierten Schmelzwerkern laufen herum. Der Straßenverkehr ist stark beschränkt, Durchgang nur mit Wasserflaschen gestattet. Das Vorgehen der Polizei, die sich reichlich brutal benimmt, hat neue Empörung unter den Bewohnern jener Stabilität ausgelöst.

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat die Leichen der bei den Malunruhen ums Leben gekommenen Personen beschlagnahmt und will die Genehmigung zur Beerdigung erst nach der gerichtlichen Leichenöffnung erteilen.

„Kosaken-Methoden in Neukölln“
Wie brutal die Berliner Polizei gegen alle und jeden vorgeht, geht aus einem Artikel des bürgerlichen „Montag-Morgen“ hervor, in dem dieser unter obiger Überschrift über die Mißhandlung zweier mit Ausweisen des Polizeipräsidenten versehenen Journalisten berichtet. Es heißt dort: „Immerhin lassen sich aus seinem Vorgehen gegen zwei vom Polizeipräsidenten legitimierte Journalisten Rückschlüsse ziehen, wie der gleiche Beamte gegen Straßenpassanten vorgegangen sein mag, die sich nicht einmal des Schutzes einer politischen Legitimation erfreuen.“ — Das sagt ein bürgerliches, sonst gegen die Kommunisten unverschämtes hegendes Blatt.

Ein neues Blutbad wird vorbereitet

Am Beerdigungstage der Opfer soll wieder geschossen werden!
Obwohl die Staatsanwaltschaft die Leichen der gemordeten Kämpfer noch beschlagnahmt hat, heßt die Journalisten bereits die Polizei auf, eine Beileidigung der Arbeiterschaft an der Beerdigung der Opfer zu verhindern. Der „Montag“ schreibt:
„Die preussische Regierung, die in enger Gemeinschaft mit der linksstehenden Presse den Frieden mit den Kommunisten sucht, wird aber aus der heutigen Tagung der kommunistischen Funktionäre die Erkenntnis ziehen müssen, daß in Berlin Ruhe und Ordnung nur durch radikale Beseitigung aller Möglichkeiten für neue Unruhen geschaffen werden kann. Eine große kommunistische Belegungsdemonstration ist mit dem Verbot von Demonstrationen absolut unvereinbar.“
Wenn der Polizeipräsident hier nicht ganz scharf durchgreift, ist am Mittwochabend der gleiche Aufruhr möglich, den Berlin zu seinem größten Schaden drei Tage lang erlebt hat.“

Die Journalisten will also unter allen Umständen erreichen, daß am Beerdigungstage der Opfer wieder Arbeiterblut die Straßen rötet, und es kann kein Zweifel daran herrschen, daß Jörgiebel, der alle Befehle der Ordnungsmacht durchgeföhrt hat, auch diesen Befehl prompt ausföhren wird.

werden: der Weg der SPD ist der Weg zum Faschismus. Dieser Weg ist verbunden mit ihrem politischen Bankrott, mit ihrem schwindenden Massenanhang, mit der Abwanderung der ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter ins Lager der Revolution. Das Jörgiebel-Verbot wurde von den Gewerkschaften und von der SPD verlangt, damit der Berliner Aufmarsch den Vorkampf der SPD und die schwere Krise der SPD nicht offen aufzeigen kann. Der 1. Mai brachte in anderer Form eine noch viel katastrophalere Entladung der SPD. Die Toten klagen an! Die ganze Schmach der Verräterpartei wird offenbar. Mit Verachtung wenden sich die Arbeiter in den Betrieben von Jörgiebel und seinen Kumpanen, dem Parteivorstand, dem „linken“ Kämpfer, den sozialfaschistischen Gewerkschaftsdirigenten ab.

Diese Lage erfordert nicht nur eine Steigerung der unmittelbaren Massenprotestaktion, die sich in zahlreichen Arbeitsniederlegungen, gewaltigen Demonstrationen und Kundgebungen äußert, sondern auch eine ständige erhöhte Alarmbereitschaft der gesamten Arbeiterschaft.

Der Kampf geht weiter, in neuen höheren Formen des Klassenkampfes, wie die Berliner Arbeiter in der revolutionären Verteidigung ihres Rechts auf die Straße beispielgebend voranmarschierten.

Mitteldeutsche Eisenbahner für sofortigen Streik

Leipzig, 6. Mai. Am Sonntag fand hier eine Konferenz des Einheitsverbandes der Eisenbahner statt. Auf Antrag der mitteldeutschen Kollegen wurde nochmals beschlossen, vom Hauptvorstand den sofortigen Streik zu fordern (17). Am Dienstag wird der Hauptvorstand des Einheitsverbandes erneut mit den Vorständen der anderen Eisenbahnerverbände verhandeln. Darauf soll der Hauptvorstand des NSGB nochmals gehört werden. Was dabei herauskommen wird, ist klar: Es wird weder der Streik genehmigt, noch die Lohnherabsetzung durchgesetzt werden.

Eisenbahner, laßt euch nicht an der Nase herumführen. Wählt Kampfleitungen, und tretet in allen Orten auf eigenen Beschluß in den Streik! Nur so wird es möglich sein, die von euch aufgestellten Lohnforderungen durchzusetzen.

Schert euch um die Opposition!
Wählt nur revolutionäre Betriebsräte!

Protektstreik der Ruhrbergarbeiter

Gegen Lohnschiedspruch und Arbeitermord in Berlin

Am 2. Mai haben die Schachtanlagen „Thyssen 3/7“ und „Thyssen 1/8“ und ebenso „Neumühl“ im Hamborner Revier aus Protest gegen den erbärmlichen Lohnschiedspruch und den Jörgiebel'schen Arbeitermord in Berlin die Arbeit niedergelegt. In dem Vortropfer Bezirk hat die Schachtanlage „Prosper II“ ebenfalls den Streik durchgeführt.

Am Freitag, dem 3. Mai, schloß sich die Belegschaft der Zeche „de Wendel“ in Heeringen und die der Zeche „Westfalen“ im Hammer Revier in Essen einmütig dem Protektstreik an. Im Duisburger Revier beschloßen die Kumpel der Schachtanlage „Bederwerth“ ebenfalls den Streik. Auf der Zeche „Grüneke“ in Essen hielt die Belegschaft morgens eine Belegschaftsversammlung ab und beschloß einen 24stündigen Protektstreik, der einmütig durchgeführt wird.

Das Vorgehen der Bergarbeiter im Ruhrgebiet zeigt die Empörung, die bei den Bergarbeitern über den Berliner Arbeitermord vorhanden ist. Gleichzeitig auch die Empörung gegen das Lohnschiedsgericht des Reichsarbeitsministers Wisjell, der den erbärmlichen Lohnschiedspruch, der den Bergarbeitern nur eine einlige Pfennige zählende Lohnherabsetzung, den Grubenherren aber ein Millionenverdienst bringt. Dieser Protektkundgebung der Ruhrbergarbeiter müssen sich die Bergarbeiter in allen Revieren anschließen. Ueberall muß durch Arbeitsniederlegung der schärfste Protest gegen die anmarschierende Reaktion zum Ausdruck gebracht werden.

Schiedspruch im Brauerei- und Mühlenarbeiterstreik

Breslau, 6. Mai. Der Schacher am Schlichtungstisch beginnt. Die Gewerkschaftsdirigenten waren vergangene Woche bereits bereit, sich einem Schiedspruch zu unterwerfen, falls er mit vier Stimmen gefällt wäre. Zu ihrem Leidwesen wurde der Spruch nach einstufiger Beratung jedoch mit nur drei Stimmen gefällt. Selbstverständlich wurde der Lohnschiedspruch von den Arbeitern einmütig abgelehnt.

Wie uns kurz vor Redaktionsschluß mitgeteilt wird, soll der Streik in der „Gaaße“-Brauerei beigelegt sein. Näheres ist uns nicht bekannt. Wir kommen darauf noch zurück.

Vom Tage

Die österreichischen faschistischen Heimwehren haben sich in einer Entschliegung für die neue Regierung ausgesprochen.

In Frankreich haben am gestrigen Sonntag Gemeinderatswahlen stattgefunden. Ergebnisse sind noch nicht bekannt.

Auf den Führer der slawischen Nationalisten, Dr. Worms, wurde ein Revolveranschlag verübt. Worms blieb unverletzt.

In Turkestan fand bei einem heftigen Erdbeben mehr als 1000 Menschen ums Leben gekommen.

Aman Allah ist es gelungen, einen Sieg über Habib Allah zu erringen.

Der sozialdemokratische Parteitag findet in den Tagen vom 26. bis 31. Mai in Magdeburg statt.

Die Lansing-Regierung hat an die Vereinigten Staaten von Amerika eine Note gerichtet, in der die Aufhebung der Exterritorialitätsrechte in China gefordert wird.

In Persien ist am Freitag früh ein starkes Erdbeben verspürt worden. Vier Dörfer sollen verschüttet worden sein.

Wie aus Peking gemeldet wird, sind in der Provinz Schantung neue Kämpfe ausgebrochen.

Der Gesundheitsauschuß des Reichstages setzte am Sonntag die Beratung des auswärtigen Amtes fort.

Hamburger Senat verbietet das Reichstreffen des NSB.

Nun erst recht: Rüstet für das Reichstreffen Pfingsten in Leipzig

„Ordnung“ herrscht wieder in Berlin. Drei Tage lang wütelte die „demokratische“ Ordnungsbefehle mit den modernsten Mitteln der Kriegstechnik gegen Berlins Arbeiter, die sich von einem Sozialdemokraten Jörgiebel nicht rauben lassen wollten, was sie sich gegen einen Monarchisten Jagow ertröckelt hatten: Das Recht auf die Straße am 1. Mai!

24 Tote, Hunderte von Verletzten und über 1000 „Gefangene“

das ist die blutige Bilanz der Jörgiebel'schen Maitischlächerei.

„Ordnung“ herrscht wieder in Berlin. Wer die Ordnungsbefehle dürstet nach neuen Helbenaten. Nach der blutigen Niedererschlagung der Demonstrations-„Freiheit“ folgt die Unterdrückung der Presse-„Freiheit“, folgt die Ankündigung der Vernichtung der Koalitions-„Freiheit“. Schon hat Jörgiebel das Zentralorgan der NSB, die „rote Fahne“, verboten. Andere Arbeiterblätter sollen folgen, um die Stimme des Arbeiterprotestes zu ersticken und dem Lügen- und Verleumdungsfeldzug der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presseleute freie Bahn zu schaffen.

Der NSB soll verboten werden.

Der Sozialdemokrat Orjesinski arbeitet auf das Verbot des NSB hin, um dem Proletariat seine einzige Wehr- und Schutzorganisation zu rauben und seine antimperialistische Front angeht die steigende Kriegsgefahr zu schwächen.

Der erste vorbereitende Schlag gegen den NSB ist bereits erfolgt: Der Hamburger sozialdemokratische Koalitionsrat hat unter Hinweis auf die Berliner Ereignisse

das Reichstreffen des NSB in Hamburg verboten.

Jeder Arbeiter wird fragen: Liegt ein besonderer Anlaß vor, das Reichstreffen in Hamburg zu verbieten, wo die Hamburger Arbeiter am 1. Mai demonstrierten, ohne daß es zu blutigen Zusammenstößen gekommen ist? Haben sich nicht alle Reichstreffen und Aufmärsche des NSB durch musterhafte Ordnung und vorbildliche Disziplin ausgezeichnet, was sogar von einem Teil der reaktionären Presse trotz ihres grenzenlosen Hasses gegen den NSB anerkannt werden mußte? Jeder Arbeiter weiß, daß es auch in Berlin nicht zu jenen Zusammenstößen gekommen wäre, wenn nicht der Sozialdemokrat Jörgiebel sie durch sein Demonstrationsverbot und durch das bestialische Wüten seiner Polizei heraufbeschworen hätte. Jeder Arbeiter weiß auch, daß es eine freche und unverschämte Lüge ist, wenn der Hamburger Senat zur Begründung des Verbotes anführt, daß die Leitungen der NSB und des NSD in ihren Anweisungen zur Vorbereitung des Reichstreffens geschrieben hätten, daß „mit gigantischen Massenlampfen zu rechnen sei, die von der kommunistischen Partei und dem Roten Frontkämpferbund zum „bewaffneten Aufstand“ geübt werden müßten.“

Diese aus den Fingern gezeichneten und durch nichts bewiesenen Behauptungen sollen nur dazu dienen, den Massenaufmarsch der Roten Front in Hamburg unmöglich zu machen, weil die Bourgeoisie und ihre sozialfaschistischen Agenten den Vorkampf der Roten Front und die Antwort des Proletariats auf die viehischen Arbeitermorde in Berlin fürchten.

Aber die sozialfaschistischen Agenten des Trustkapitals täuschen sich, wenn sie glauben, das Reichstreffen des NSB, obwohl es bereits seit Monaten polizeilich angemeldet war, in letzter Minute verhindern zu können. Der NSB denkt nicht daran, sich von der Straße vertreiben zu lassen und auf die Durchführung seines Reichstreffens zu verzichten. Die Bundesführung des NSB hat sofort beschlossen, allen Hindernissen trotzend,

das Reichstreffen zu Pfingsten in Leipzig

zu veranstalten.

Alle politischen, organisatorischen und technischen Maßnahmen sind bereits eingeleitet, um durch einen Massen-aufmarsch der Roten Front in Leipzig der Bourgeoisie und ihren Polizeigewaltigen den Beweis zu liefern, daß die Rote Front sich in ihrem Vorkampf weder durch einen deutschnationalen Pöbel, noch durch einen sozialdemokratischen Jörgiebel, Orjesinski oder Schönbauer anhalten läßt.

Arbeiter! Klassengenossen!

Das von Jörgiebel angeführte Blutbad in Berlin hat unter den breitesten Massen einen Sturm der Empörung ausgelöst und vielen sozialdemokratischen und Reichsbanner-Arbeitern über den sozialfaschistischen Kurs ihrer Führer die Augen geöffnet. Jetzt gilt es, Abrechnung zu halten mit den sozialfaschistischen Arbeitermördern. Jetzt gilt es, die rote Klassenfront noch fester zu schmieden. Jetzt gilt

es, auf die Provokationen der sozialfaschistischen Reaktion mit der energichsten Massenmobilisierung zu antworten.

Rüstet zum 5. Reichstreffen des NSB in Leipzig!

Wählt Delegationen in den Betrieben und Arbeiterorganisationen!

Unterstützt die Sammlungen für das Rotintern-Geschenk des NSB!

Verteidigt eure Wehr- und Schutzorganisation, den NSB! Nieder mit Belagerungszustand und Demonstrationsverbot! Nieder mit der Bourgeoisie und den sozialfaschistischen Arbeitermördern!

Gegen die imperialistische Aufrüstungs- und Kriegspolitik! Für die Verteidigung der Sowjetunion!

Nun erst recht:

Sinein in den Roten Frontkämpferbund!

Rüstet zum Kampfaufmarsch der Roten Front in Leipzig!

Bundesführung des NSB und der Roten Jungfront.

NB. Den Aufruf der Bundesleitung des NSB, gaben wir in Sach, als die Nachricht von dem Verbot des NSB in Preußen noch nicht bekannt war. Das Bundestreffen in Leipzig wird natürlich trotz des Verbotes, das sich bis jetzt auf Preußen beschränkt, stattfinden.

Schachts Kapitulation in Paris

Der „Montag“ berichtet:

Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat als Führer der deutschen Delegation seine Zustimmung dazu gegeben, daß die bisherigen privaten Besprechungen über Kompromißmöglichkeiten zu den deutschen Zahlungsverpflichtungen in offizielle Verhandlungen umgewandelt werden, und er hat unter gewissen Bedingungen den Zahlungsplan des amerikanischen Delegierten Owen Young angenommen, der folgendermaßen aussieht:

Deutschland soll 37 Jahre lang, beginnend mit etwa 1,75 Milliarden, jährlich durchschnittlich 2,1 Milliarden zahlen. Außerdem soll Deutschland die gesamte Verantwortung für die Zahlung der interalliierten Schulden an Amerika übernehmen, deren Rest vom 38. bis 57. Jahre 1,7 Milliarden beträgt. Die Bedingungen der deutschen Delegation bestehen wahrscheinlich in besonderen Maßnahmen zum Schutze der deutschen Währung und in gewissen Vorbehalten, die Deutschland für die Aufbringung dieser Summen macht. Außerdem ist darüber verhandelt worden, daß der Rest der amerikanischen Schulden vom 38. bis 57. Jahre durch die Gewinne der Reparationsbank aufgebracht werden soll. Der deutsche Plan liegt im sogenannten Gegenwertwert um 10,5 Milliarden über dem deutschen Angebot, das vor drei Wochen als die äußerste Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit bezeichnet wurde, und es liegt nur um 3 Milliarden unter den Forderungen der Gläubigerstaaten.

Müller-Regierung probiziert UGSA.

Wegen der mehrere deutsche Minister beleidigenden Worte (1), die gelegentlich der Moskauer Mailiern heraufgetragen wurden, hat das Auswärtige Amt diplomatische Schritte eingeleitet.

Der angekündigte Protestschritt des deutschen Botschafters in Moskau wird am Sonnabend erwartet. Am Vormittag ist eine Besprechung zwischen dem Botschafter und dem Stellvertreter des Außenministers, Karagan, festgesetzt.

Reiz Zweifel, der Protest der Reichsregierung in Moskau kann nur von Hermann Müller und seinen sozialdemokratischen Ministerkollegen beantragt werden sein. Sie sind die Treiber der sozialfaschistischen Politik des neudeutschen Imperialismus, sie setzen in den Reparationsverhandlungen alles daran, den Anschluß an den imperialistischen Weltblock gegen den Arbeiterhaat zu vollziehen. Sie vor allem sind es, die von einem solchen Anschluß Ellenbogenfreiheit für den deutschen Imperialismus und für ihre Vertreterpolitik erhoffen.

Die Zusammenhänge sind klar: Aus der zugefügten Situation im Innern und im internationalen Maßstab, gekennzeichnet durch die Barrikadenkämpfe in Berlin und das Stöden der Reparationskonferenz in Paris, steht der deutsche Sozialimperialismus nur einer Ausweg: sich dem internationalen Kapital als Sturmwind gegen die Sowjetunion zu empfehlen! Die in Berlin kämpfenden Arbeiter und die mit ihnen solidarische Arbeiterschaft des Reiches werfen sich bei konterrevolutionären Bataillonen entgegen. Sie verteidigen mit ihrer Weibern die Sowjetunion, wie sie für ihre eigene Existenz kämpfen!

Die Verschärfung der „Frisch-Auf-Werke“ zugegeben

Der Bundesvorstand des Arbeiter-Radsfahrer-Bundes „Solidarität“ hat entgegen den Beschlüssen des Hamburger Bundesvorstandes die Verschärfung der „Frisch-Auf-Werke“ an die...

Nach den Verhandlungen mit den Arbeitern veröffentlicht der Bundesvorstand darüber eine Notiz, in der er mitteilt, daß „als vorläufiges Ergebnis dieser Verhandlungen die Bereitwilligkeit beider Teile zur Verschärfung des Produktionsbetriebes erreicht worden ist“.

Die Mitgliedschaft des Arbeiter-Radsfahrer-Bundes „Solidarität“ muß zu dem Vorhaben des Bundesvorstandes, das eine Verschärfung der Bundestagsbeschlüsse bedeutet, sofort Stellung nehmen. Unzweifelhaft müssen die Mitglieder zum Ausdruck bringen, daß sie gegen die Verschärfung der „Frisch-Auf-Werke“ kämpfen werden.

Zuverlässigkeitsfahrt der Motorradfahrer. Am Sonntag hielt die Motorradfahrer-Abteilung Breslau ihre Zuverlässigkeits-Fahrt auf einer 106 Kilometer langen Rundstrecke ab. Trotz des sehr kalten, stürmischen Wetters war die Beteiligung zufriedenstellend.

Freie Turnerschaft. Aus Anlaß der Eröffnung der 10. Frauen- und 11. Männerabteilung findet am Sonnabend im „Bürgergarten“ in Dömitz eine Werbeveranstaltung statt. Alle Bundesgenossen beteiligen sich am Umzug am 11. Mai. Treffpunkt: 18,30 Uhr am Kleinbahnhof.

Freie Sportvereine 1897. Vereine des 1. Kreises, welche an ihrem Ort am 9. und 10. August 1929 einen Freundschaftskampf im Ringen gegen eine gute auswärtige Ringermannschaft austragen wollen, melden sich an Sportgenossen W. Bittner, Breslau, Große Dreilindengasse 26, I.

Bezirksversammlung des Arbeiter-Athletenbundes, 1. Kreis, 2. Bezirk. Der Bezirkstag war von zehn Vereinen besetzt; vier Vereine waren nicht vertreten. Bezirksjugendleiter Genosse W. H. L. gab Bericht über Verlauf und Ausgestaltung der Kreisjugendtreffen Pfingsten in Lannhaufer und ermahnte zu reger Beteiligung.

Arbeiter-Athleten-Bund, Bezirk Breslau. Bezirksjugendwanderung am Donnerstag, dem 9. Mai (Himmelfahrtstag). Treffpunkt: 8 Uhr an der Endstation der Linie 18 in Zimpel. Wanderung nach dem schlesischen Spreewald über Görlitz nach Sacrau.

Bezirksversammlung des Arbeiter-Athletenbundes, 1. Kreis, 2. Bezirk. Der Bezirkstag war von zehn Vereinen besetzt; vier Vereine waren nicht vertreten. Bezirksjugendleiter Genosse W. H. L. gab Bericht über Verlauf und Ausgestaltung der Kreisjugendtreffen Pfingsten in Lannhaufer und ermahnte zu reger Beteiligung.

Arbeiter-Athleten-Bund, Bezirk Breslau. Bezirksjugendwanderung am Donnerstag, dem 9. Mai (Himmelfahrtstag). Treffpunkt: 8 Uhr an der Endstation der Linie 18 in Zimpel. Wanderung nach dem schlesischen Spreewald über Görlitz nach Sacrau.

Sport vom Sonntag

Fußball

- Sil.-Riders I — Wachtlamia I: 2:0
Sturm I — Einigkeit I: 4:2
WfB. I — Sportfreunde I: 7:2
WfL. I — BSG. 28 I: 10:1
Sparta I — Union I: 6:0
1924 I — WfL. I: 1:0
Dömitz I — Vorwärts I: 6:0
Freiheit I — Wader I: 2:1

Handball

- Männer A Klasse:
5. Wkt. I — Fichte, Mochnern: 6:2 (2:1)
7. Wkt. I — Poseidon I: 4:1 (3:0)
1. Wkt. I — Gaudau I: 3:3 (0:2)
Männer B Klasse:
1925 I — Nordost I: 12:0 (6:0)
8. Wkt. I — 1897 I: 2:0 (0:0)
Männer C Klasse:
Poseidon II — 4. Wkt. I: 1:7 (1:2)
Männer D Klasse:
1928 I — 7. Wkt. IV: 6:0 (2:0)
7. Wkt. III — 9. Wkt. I: Kampfflos für 7. Wkt.
8. Wkt. II — Nordost II: 6:0 (4:0)
Dt. HfA I — 1925 III: 0:2 (0:1)
Jugend A Klasse:
5. Wkt. 1. — 4. Wkt. 1.: Kampfflos für 5. Wkt.
2. Wkt. — 6. Wkt. 1.: 2:3 (1:3)
Jugend B Klasse:
8. Wkt. 1. — Fichte, Mochnern 1.: 3:1 abgebrochen
5. Wkt. 2. — Neulirch 1.: 4:4 (1:2)
Sportlerinnen A Klasse:
4. Wkt. — 3. Wkt. I: 1:3 (0:2)
Sportlerinnen B Klasse:
Freiheit I — Einigkeit I: 0:0
West I — Sil.-Riders I: 0:0

Fußball

- 7. Wkt. I — Mochnern I: 80:53
7. Wkt. I — 3. Wkt. I: 71:47
7. Wkt. I — 6. Wkt. I: 91:54
5. Wkt. I — 7. Wkt. II: 58:58
5. Wkt. I — 6. Wkt. I: 84:71
West I — 5. Wkt. I: 54:49
West I — Mochnern I: 70:54
West I — 8. Wkt. II: 59:54
3. Wkt. I — 7. Wkt. II: 62:44
3. Wkt. II — Mochnern I: 85:73
3. Wkt. II — 7. Wkt. II: 73:65
Sportlerinnen:
1. Wkt. I — 7. Wkt. I: 68:67
Freundschaftsspiele der Sportlerinnen:
2. Wkt. I — 1. Wkt. I: 60:59
1. Wkt. I — 1. Wkt. II: 68:51

Leichtathletik, Kugelstoßen 5 Kilogramm und Weitsprung mit Anlauf. Wertung erfolgt nach den Jahrgängen 14 bis 18 Jahre und 18 bis 18 Jahre. Ferner ein 1600-Meter-Lauf für Jugendliche die bis zum 1. 10. 29 19 Jahre alt werden.

Arbeiter-Athleten-Bund, 1. Bezirk. Die diesjährige Bezirksmeisterschaft in der Leichtathletik wird am 26. Mai, von 8—12 Uhr, auf dem Linde-Hofmann-Sportplatz zur Austragung gelangen.

Arbeiter-Rad- und -Kraftfahrer-Verein. Die Abteilungsabende im Monat Mai sind folgende: 1. Wkt.: Dienstag, den 7. und 21. Mai, bei Giesch, Plosterstraße 125.

Arbeiter-Rad- und -Kraftfahrer-Verein. Die Abteilungsabende im Monat Mai sind folgende: 1. Wkt.: Dienstag, den 7. und 21. Mai, bei Giesch, Plosterstraße 125. 2. Wkt.: Freitag, den 10. und 24. Mai, bei Klante, Hochstraße 7.

Wrieg. Voranzeige. Sportverein Hertha, Sonnabend, im Michelwitz (Starosts Gasthaus) Mai-Kränzchen. Gemeinschaftlicher Wmarsch 19 Uhr von der Ralissen Fabrik aus.

Peifferwitz. Im Bericht über die Arbeiter-Rad- und -Kraftfahrer-Versammlung muß es im unteren Abschnitt heißen: Bezirksfahrradt am 12. Mai. Abfahrt früh 9 (neun) Uhr, nicht 7 Uhr, vom Vereinslokal.

Weißstein. Serienspiele. Am Sonntag war wieder einmal Hochbetrieb auf dem Weißsteiner Platz, auf dem fünf Fußball- und

Die Athleten in Waldenburg

Einen guten Ausfall für die Saison der Schwerathleten waren die gestern, Sonntag, vom Kraftsportverein „Einigkeit“ im Altwasser durchgeführten freikörperlichen Wettkämpfe im Ringen, Heben und Bogenschießen. Weit über 100 Teilnehmer lieferten sich im „Turnhof“ in Altwasser vor zahlreichen Interessenten gute Kämpfe.

Resultate:

Bogen. Fliegengewicht: 1. Lehner, Hermsdorf; Bantamgewicht: 1. Schramm, Waldenburg; Bestergebnis: 1. Scholz, Nordost, Breslau; Leichtgewicht: 1. Scholz, Wagnitz; Mittelgewicht: 1. Weigelt, Waldenburg; Jugendringen. Klasse bis 60 Pfund: 1. Gladisch, Fr. Sportvereinigung 1897, Breslau. Klasse bis 90 Pfund: 1. Wäghold, Fr. Sportvereinigung 1897, Breslau. Klasse bis 100 Pfund: 1. Hoffmann, Lannhaufer. Klasse bis 110 Pfund: 1. Stimm, Fr. Sportg. 1897, Breslau. Klasse bis 120 Pfund: 1. Ruffert, Fr. Sportg. 1897, Breslau. Klasse bis 130 Pfund: 1. Fritsch, Hählich. Klasse bis 140 Pfund: 1. Ober, Herkules, Wrieg. Gewichtheben. Fliegengewicht: 1. Paulsch, Fr. Sportg. 1897, Breslau, 330 Pfund; Bantamgewicht: 1. Uher, Weißstein, 385 Pfund; Federgewicht: 1. Spilke, Weißstein, 405 Pfund; Leichtgewicht: 1. Penler, Schlegel, 430 Pfund; Leichtes Mittel: 1. O. Wolf, Neu-Krausendorf, 440 Pfund; Schweres Mittel: 1. Scholz, Altwasser, 490 Pfund; Altersklasse I: 1. Schmidt, Altwasser, 345 Pfund; 2. Kiple, Fr. Sportg. 1897, Breslau, 280 Pfund; Altersklasse II: 1. Wittmer, Altwasser, 420 Pfund. Seniorenringen. Fliegengewicht: 1. Schmidt, Fr. Sportg. 1897, Breslau; 2. Gausch, 1897, Breslau; Bantamgewicht: 1. Zedler, Schlegel; 2. Springer, Wüstnauertsdorf; Federgewicht: 1. Bogoschewski, Frankenstein; 2. Mat, Lannhaufer; Leichtgewicht: 1. Penler, Schlegel; 2. W. Hammer, Langenbielau; Leichtes Mittelgewicht: 1. Wamep, Lannhaufer; 2. Münster, Nieder-Salzdamm; Schweres Mittelgewicht: 1. Woff, Nordost, Breslau; 2. M. Schneider, Dittersbach; Schwergewicht: 1. J. Wendler, Waldenburg; Altersringen. Klasse I: 1. Kiple, Fr. Sportg. 1897, Breslau; Klasse II: Hek, Altwasser. Im Gesamtergebnis konnte von 17 teilnehmenden Vereinen die freie Sportvereinigung 1897, Breslau, mit 23 Punkten den 1. Platz belegen; 2. Einigkeit, Altwasser: 12 Punkte; 3. Einigkeit, Schlegel, und Spartania, Waldenburg, mit je 9 Punkten; 4. Lannhaufer: 8 Punkte; 5. Sportvereinigung Nordost, Breslau, und Vorwärts, Weißstein, mit je 6 Punkten.

Straßenrennen der Radsfahrer.

Am Sonntag eröffnete der Bezirk die diesjährige Straßenrennfaktion auf der Strecke Klein-Mochnern, Groß-Mochnern, Ritzbau, Schallau, Puschwitz, Kerischitz, Lobetitz, Nadowitz, Leuthen, Deutsch-HfA, Stabelwitz, Herrnhut, Gr. Waffelwitz, Pilsnitz, Ziel Cöfel. In der Hauptklasse belegte den ersten Platz Gaumeister Wozel, Breslau, in 1,27:25 Stunden. 2. Frenzel, Friedewalbe, 3. Klein, Marchwitz, 4. Gombase, Breslau, 5. Machner, Schmolz, 6. Perle, Marchwitz. In der Jugend, die eine kürzere Strecke fuhr, wurde 1. Franck, Friedewalbe, 2. Kern, Friedewalbe, 3. Korschela, Marchwitz, 4. Ulrich, Friedewalbe, 5. Kreiser, Breslau. Der Favorit, Orlak, Breslau kam durch Verfahren um den Sieg. In der Altersklasse wurde Sieger Dzial, Eschanitz, in 60 Min. 13 Sek.

ein Handballspiel ausgetragen wurden. In dem Spiel der ersten Mannschaften von Waldenburg und Weißstein gab es gute Vorlagen von Seiten Weißsteins, die allerdings vom Weißsteiner Sturm verpakt wurden. Mit 0:0 ging es in die Pause. Auch in der zweiten Spielzeit konnte man von keiner Mannschaft eine Überlegenheit feststellen, und das Spiel war technisch und fair bis ein Zwischenfall vom Schiedsrichter nicht richtig behandelt und darauf das Spiel abgebrochen wurde. Mit einem Unentschieden 0:0 trennten sich die Mannschaften zwanzig Minuten vor Schluß. Weißstein legt gegen dieses Spiel Protest ein und fordert Wiederholung des Spieles. Der Schiedsrichter war dem Spiel nicht gewachsen. Die zweite Elf, die vorher spielte, zeigte ebenfalls ein interessantes Spiel, doch auch hier soll wegen des Schiedsrichters Protest eingelegt werden. Der Grund: ein nicht berechtigter Elfmeter. Das Spiel endete 2:1 für Waldenburg. Die 3. Elf Weißstein gewann 4:1 gegen Waldenburg III. Die erste Jugend-erlitt eine Niederlage von 1:6 durch Waldenburg. Die zweite Jugend-erlor die Punkte kampflös und lieferte nur ein Freundschaftsspiel, das von Waldenburg mit 2:1 gewonnen wurde. Im Handballspiel serienspielen die Freiburger Schwimmer I gegen Weißstein II im Serienpiel, das unentschieden 2:2 endete.

Lehrgang für Leichtathletik im 10. Bezirk. Am 9. Mai findet ein Lehrgang für Leichtathletik in Hirschberg auf dem Felgenmünd-Sportplatz statt. Kursleiter ist der Kreisportwart Bundesgenosse Jäschke, Breslau. Nachstehend der Arbeitsplan: 7-8 Uhr: Bundesfestfreiwüchungen; 8-9,30 Uhr: Springarten; 9,30-11 Uhr: Wurfsarten; 11-11,30 Uhr: Pause; 11,30-13 Uhr: Laufarten und Stafetten; 13-16 Uhr: Stgung mit folgender Tagesordnung: 1. Verhalten und Tätigkeit des Kampfrichters bei Sportfesten. 2. Unsere Klasseneinteilung und deren Durchführung. 3. Bundesfest. Vereinsvorsitzende, meldet sofort und zahlreich. Bundesgenossen, die daran teilnehmen, müssen die Bundesfestfreiwüchungen schon gelöst haben. Bei Abschluß 2 der Tagesordnung ist es notwendig, die Klasseneinteilung, welche vor kurzem den Vereinen zuging, mitzubringen. Die Kurstiere müssen bereits Mittwoch abend am Kurfsort eintreffen. Alle Quartiere sowie Anmeldeungen zum Kurfsort an Bundesgenossen Fritz Rauke, Hirschberg, Markt 43.

An die Vereinsvorstände des 10. Bezirks. Der Jugendausschuß des 14. Kreises gibt bekannt, daß Pfingsten 1929 ein zweitägiger Jugendführer-Lehrgang abgehalten wird. Wahrscheinlich kommt das Waldenburger Bergland in Frage. Die Bekanntgabe des Ortes und des Lokals erfolgt rechtzeitig. Nachstehender Lehrplan ist vorgesehen: 1. Feiertag: Lernen des Kartenlesens und eine Abendwanderung mit Betrachtungen über die Sternkunde. 2. Feiertag: Eine praktische Lehrwanderung in die Berge. Für diesen Lehrgang kommen für den 10. Bezirk 4 Teilnehmer in Betracht. Die Kreisliste gewährt für jeden Bundesgenossen einen Zuschuß von 4 Mark. Welcher Verein läßt seinen Jugendleiter daran teilnehmen? Meldungen sofort an den Bezirksjugendleiter, Bundesgenossen Fritz Reichgräber, Petersdorf i. Nbg. Nr. 206.

Görlitz. Ein Wettbewerb der Turnerinnenabteilung fand im Görlitzer Konzerthaus statt. Nach einer Ansprache begannen die turnerischen Aufführungen. Das gut zusammengestellte Programm lief lindenlos, ohne eintönig zu wirken, ab. Bei jeder einzelnen Aufführung sah man, mit welcher Freude die Turnerinnen ihr Bestes gaben. Jede Programmnummer wurde von dem sehr gut besuchten Hause mit großem Beifall aufgenommen.

Infolge verspäteter Zustellung konnten nur die kurzen Ergebnisse vom „Sport am Sonntag“ heute veröffentlicht werden.

Krieg und Proletariat

Wehrpolitische Beilage Nr. 1

Deutsche Rüstungen gegen die Sowjetunion

Hans Rippenberger.

Einige kurze Angaben sollen zeigen, wie sich die außenpolitische Eingliederung der deutschen Bourgeoisie in die Anti-Sowjetfront der imperialistischen Weltmächte auf dem Gebiet der deutschen Militärpolitik widerspiegelt.

I.

Der Reichswehretat 1929 enthält eine Denkschrift über die geplanten Truppenverlegungen. Betroffen werden folgende Standorte: Torgau, Leobschütz, Müllitz, Namslau, Jülichau, Lübben (diese Garnisonen werden aufgehoben); Ortelsburg, Oels, Oppeln, Sprottau, Sagan, Keiße, Glogau, Schweidnitz, Dresden (diese Garnisonen werden durch die aufgegebenen Garnisonen verstärkt); Neustadt, Glog (werden etwas vermindert); Bries (wird neue Garnison). Außer zwei weiteren NW-Unterstützungen, Budeburg und Lindau, die aus speziellen Gründen liquidiert werden, betreffen sämtliche Veränderungen die östlichen Gebiete Deutschlands! In der Begründung der Denkschrift werden „gewichtige, militärische Gründe wie auch wirtschaftliche Belange des Reiches“ genannt.

Diese Argumente sind oberflächlich, wenn man fragt, warum die wirtschaftlichen Belange, nämlich angebliche Ersparnisse in den Verwaltungskosten — durch die notwendigen Kasernenneubauten mit Exerzierplätzen, Schießständen, Ställen usw. entstehen sogar größere finanzielle Unkosten! — lediglich in den gekennzeichneten östlichen Gebieten vorhanden sind?

Als die „gewichtigen militärischen Gründe“ wird genannt: Besseres Zusammenwirken der Waffen bei häufigeren Übungen in gemischten Verbänden, rationellere Verwendung der Ausbildungsmittel usw. Hier steht dieselbe Frage.

Die Veränderungen sollen bis 1931 durchgeführt sein. Es ist kein Zufall, daß die deutsche Bourgeoisie alle Anstrengungen macht, vor allem den gegen den Osten am weitesten vorgeschobenen Teil der RW zur höchsten Schlagfertigkeit zu bringen, um seine Rolle als „Defens- und Operationsarmee“, wie Seect die Funktion der RW bei Kriegsbeginn charakterisiert, sofort spielen zu können. Unterstrichen wird das durch die zahlreichen Kavallerieformationen, mit denen wir es hier besonders zu tun haben und die im Osten nach wie vor eine ausschlaggebende Rolle spielen.

II.

Eine bezeichnende Note erhält die Denkschrift durch den Hinweis auf die Gesichtspunkte, die zur bisherigen Verteilung der östlichen Truppenteile maßgebend waren. Neben den „Rückzügen auf den Innenschutz und den Zwang, große Städte zu vermeiden (z. B. Berlin, Hamburg)“, waren es die Rücksichten auf den Grenzschutz, nämlich gegen Polen, entsprechend der damaligen außenpolitischen Lage der deutschen Bourgeoisie. Diese Gesichtspunkte sind in wesentlichen überholt: Die RW ist in erster Linie imperialistisches Machtinstrument geworden an Stelle ihres früheren ausgesprochenen Bürgerkriegscharakters, und seit Locarno ist der Bundesgenosse Frankreichs, das Billabill-Polen, ein Bundesgenosse der deutschen Bourgeoisie im imperialistischen Mächtekonkurrenz geworden. Wir sehen, Groener ist ein guter Interpret, und den weitergesteckten Zielen des raubgierigen deutschen Finanzkapitals gegen die Sowjetunion folgt die Umorganisation der Wehrmacht, ihre straffere Zusammenfassung gemäß den weitergesteckten strategischen Zielen auf dem Fuß.

Diese Tatsachen zeigen klar das Zusammenpiel zwischen der deutschen Landheerpolitik und der Flottenpolitik. Sie entlarven einerseits die Heuchelei in Groeners Denkschrift zum Panzerkreuzer A, soweit er über den defensiven Charakter der Ostflotte gegenüber Polen spricht, und unterstreichen andererseits die Ausführungen dieser Denkschrift bezüglich der Sowjetunion, wo es heißt: „Sie (die deutsche Flotte) würde ein Gegengewicht gegen die russische Seemacht in der Ostsee bilden, die europäische Macht als ein Ganzes (!) würde sicherlich jede Einrichtung gegen die Seemacht Rußlands willkommen heißen; aber für Deutschland selbst würde die Frage der Seemacht lebenswichtig werden, wenn Moskau je daran denken sollte, feindselig gegen Deutschland aufzutreten.“

Das ist eine offene Sprache, die Groener einem englischen Scharfmacher aus dem British Naval Military Records entnommen hat. Groener spricht dann weiter von dem Vorjagen, den die deutsche Flotte durch ihre Panzerkreuzer-Neubauten erhält, der „jedwede Winterwertigkeit gegenüber den großen russischen Schlachtschiffen“ neutralisiere.

III.

Betrachten wir in diesem Zusammenhange kurz die dritte Säule moderner Armeen: die Luftwaffe. Deutschland hat keine offizielle militärische Luftflotte. Es ist genügend bekannt, wie deshalb seine Zivil-Luftflotte nach militärpolitischen Gesichtspunkten entwickelt worden ist. Im Reichshaushaltsplan 1929 heißt es ganz unübersehbar, daß „wegen des Mangels an militärischen Aufträgen“ der Etat des Reichsverkehrsministeriums herangezogen werden müsse, was insgesamt (einschließlich der Subventionen für die Zeppelinlinie) mit über 54 Millionen geschieht.

Die militärische Potenz der deutschen Handelsluftfahrt wird durch die Ausführungen des Herausgebers des Publikationsorgans „The Aeroplane“ der britischen Luftstreitkräfte, C. G. Grey, der in erster Fachmann auf dem Gebiete des militärischen Flugwesens ist, treffend charakterisiert: „Während des Krieges 1914—1918 machten alle kriegsfähigen Nationen die Erfahrung, daß Kampfpiloten innerlich weniger Boden herangebildet werden können, vorausgesetzt, daß... Mechaniker sowie Werkstätten zur Wiederherstellung und Neuzugung von Flugzeugen in ausreichender Zahl vorhanden sind. Der Kämpfer ist jenes Werkzeug des Krieges, das jeweils am leichtesten, raschesten und mit den geringsten Kosten zu beschaffen ist... Mechaniker können nur nach entsprechender Ausbildung und nur in entsprechenden Werkstätten eine entsprechende Arbeit leisten. So hängt die Wirksamkeit der Luftstreitkräfte im Wesentlichen von ihren Mechanikern, ihren Werkstätten und Unternehmungen für Bemannung und Gerät ab. Hierin liegt die ungeheure Bedeutung des Einflusses, das ganz Deutschland anspannt.“ In ähnlichen Überlegungen läßt der berühmte Militär Grey, der ebenfalls die Sprache des imperialistischen Raubtieres beherrscht, daß der Soldat noch immer das billigste Werkzeug des Krieges ist, eine hochpolitische Direktive für die Richtung der militärischen Luftkraft: „Die großartig angelegten Flugzeugwerke, die in Deutschland überall bestehen, sind gleichfalls von un-

geheurer militärischer Bedeutung. Kriegsflyerzeuge können da in großer Zahl untergebracht und instandgesetzt werden. — Wann immer die Zeit kommen mag, da Deutschland Luftstreitkräfte für den Krieg benötigt — wie es sich eines Tages ereignen könnte, wenn die... so viel erwähnte gelbe Gefahr (eine originale Umschreibung des Bolschewismus) zur Tatsache wird — werden die deutschen Flughäfen als Luftflottenstützpunkte auch militärisch die höchste Bedeutung haben und zur Besammlung nicht nur der Luftgeschwader Deutschlands, sondern auch der Luftstreitkräfte jener Völker dienen, die in einer solchen Zeit der Gefahr ihr zweifellos als Verbündete zur Seite stehen werden.“

Ein gigantischer Plan des englischen Imperialismus, der zwei Fliegen mit einer Klappe schlägt: die deutsche Luftfahrt mit ihren hochqualifizierten Flugzeugfabriken und Ausbesserungswerkstätten, ihren vorzüglich geschulten Ingenieuren und Mechanikern, ihrer Anzahl von Flugplätzen und Landstellen, ihrer hochentwickelten Bodenorganisation (die wichtigste West-Ost-Linie über Hannover, Berlin nach Königsberg hat eine fix und fertig ausgebaute Nachtbeleuchtung!) als strategische Basis für die Luftflotten der großen Westmächte, — ohne daß dabei die deutsche Bourgeoisie selbst vor-

„Schutz der Neutralität“ — die Parole des Krieges

„In dieser Frage gibt es keine Differenzen in der SPD.“

In den letzten Monaten ist in der SPD-Mitgliedschaft die Welle der Empörung gegen die imperialistische Wehrpolitik der Partei mächtig angewachsen. Frühere Hochburgen des Parteivorstandes haben sich gegen das offizielle Wehrprogramm ausgesprochen. Die Linken haben krampfhaft Versuche gemacht, mit dieser Welle der Radikalisierung Schritt zu halten. Woche für Woche haben sie ihr Gegenprogramm „radikalisiert“. Schließlich ist ihnen die Puste ausgegangen. Nach der Verschiebung des Parteitages ist es im Blätterwald der „linken“ Sozialdemokratie merkwürdig still geworden über die Wehrfrage. Es tritt immer mehr die Tatsache in den Vordergrund, daß trotz ihres Scheinrevolutionären Geschreis die „Linken“ in den Grundfragen mit dem Parteivorstand einig sind: Behauptung der „Vaterlandsverteidigung“, Wahrung der Einheit der SPD als bestes Organ der Vorbereitung und Führung des Krieges gegen die Sowjetunion.

In diesem Zusammenhang ist der vor kurzem erschienene Artikel des österreichischen „linken“ Sozialdemokraten Otto Bauer und die ihm folgende Diskussion von Bedeutung (siehe Märzheft der Wiener Zeitschrift „Der Kampf“, zum Teil abgedruckt im „Vorwärts“ vom 9. März 1929), weil sie schon die Konturen einer gemeinsamen Plattform zeigt. Schon im offiziellen Wehrprogramm-Entwurf war zur Begründung der Unterstützung der Reichswehr durch die SPD auf die Möglichkeit „konterrevolutionärer Interventionen“ in Sowjet-Rußland (freilich ohne dieses zu nennen) angepielt worden. Otto Bauer — auf den wahrscheinlich diese Anspielung zurückgeht — greift sie nun in seinem Artikel auf und bringt eine ausführliche Begründung der Notwendigkeit der Reichswehr zum „Schutz der deutschen Neutralität“. Es bestehe die drohende Gefahr, daß Deutschland bei einem Kriege Polens und der Ententemächte gegen die Sowjetunion zu einem Stappengebiet der imperialistischen Armeen werde. Dies könne die deutsche Arbeiterklasse nicht zulassen. Die SPD müsse in diesem Fall „alles daran setzen, um die Neutralität Deutschlands zu sichern“. Dies sei nur möglich durch bewaffnete Verteidigung der Grenzen, d. h. Unterstützung der Reichswehr. Angesichts dieser Tatsache aber sei die Forderung der deutschen Linken auf die Abschaffung der Reichswehr falsch. Nicht nur dies; Bauer nennt sie sogar „gar nicht international, gar nicht antiimperialistisch, gar nicht revolutionär“.

Es ist natürlich, daß sich der „Vorwärts“ sofort auf diese Argumente Bauers gestürzt hat zur Verteidigung der offen sozialimperialistischen Plattform des Parteivorstandes und es ist sicher vorauszusetzen, daß gerade diese Argumente eine wichtige Rolle spielen werden, um sowohl auf dem Magdeburger Parteitag, wie auch in den Massen, das imperialistische Programm zu verteidigen. Es ist sogar nicht unwahrscheinlich, daß gerade diese Argumente die goldene Brücke bilden werden, auf der die „unversöhnlichen“ Linken zur Plattform des Parteivorstandes hinüberzuwandern werden.

Darum ist es sehr wichtig, diese Bauersche Parole zu unterfragen und zu entlarven. Was heißt „Schutz der Neutralität“? Amerika war im Weltkriege von 1914 bis 1917 „neutral“, d. h. es hat sich „bloß“ durch Waffenlieferungen und Kredite an dem Kriege beteiligt, bevor es dann zum Schutze der in das Kriegsgeschäft investierten Kapitalien auch offen militärisch an dem Geseh teilnahm. Keine andere Rolle könnte das kapitalistische Deutschland in dem kommenden Kriege der imperialistischen Mächte gegen Sowjet-Rußland spielen. Und zwar bestenfalls! In der Tat aber ist auch nur eine solche kurze Phase der Scheinneutralität aufs höchste unwahrscheinlich. Die deutsche Bourgeoisie erstrebt vielmehr — wie das Groener-Memorandum, das Seect'sche Rüstungsprogramm, die sehr offenerzigen Auslassungen der finanzkapitalistischen Presse anlässlich der Pariser Reparationsverhandlungen beweisen — aus Gründen der möglichst hohen Beteiligung an der Beute eine sofortige offene, militärische Beteiligung an dem Kriegszuge gegen die proletarische Diktatur.

Was bedeutet unter diesen Umständen die Losung „Schutz der Neutralität“? Nicht nur eine Illusion, sondern einen bewußten Schwindel, um die revolutionären Arbeiter abzulenken von der Aufgabe des Kampfes, von der tatsächlichen Kriegsgefahr, den wirklichen Absichten des deutschen Imperialismus.

Gerade diese Losung aber haben sich die „linken“ Sozialdemokraten angeeignet, um ihre vollkommene Einheit mit dem Parteivorstand zu betonen. Der „Klassenkampf“ Nr. 7 schreibt:

„Ueber die Frage der Neutralitätswahrung im Falle eines Krieges gegen die Sowjetunion gibt es keine Differenzen in der deutschen Sozialdemokratie.“

Sehr gut! Aber wie wollen diese Linken die Neutralität wahren? Der Anerkennung dieses politischen Ziels folgt auf dem Fuß auch die Anerkennung der Mittel. In der Leipziger Volkszeitung vom 28. März schreibt Bieligt:

„läufig noch eine eigene Kriegsfliegererei entwickelt, wodurch das militärische Übergewicht Englands, Frankreichs usw. gesichert bleibt!“

Milner Grey spinnt an anderer Stelle dieses Projekt noch weiter aus: „Es darf aber nicht vergessen werden, daß zur Zeit einer europäischen Gefahr auch jene Flughäfen, die die gegenwärtige voranschreitende Regierung Italiens im nördlichen Teil des Landes einrichten läßt, gleich wertvoll sein werden als Operationsbasis für Luftstreitkräfte, die zum Schutze Westeuropas (!) zusammengeführt werden sollen. Die Luftverkehrslinien zwischen Deutschland und Italien werden mit ihren Zwischenlandungsplätzen genau die selbe Rolle spielen, die in der Vergangenheit strategische Bahnlinien taten.“

Zitieren wir zum Schluß einen anderen Engländer, Major Denning, der ausgerechnet hat, daß die englischen Flugzeuge während des ganzen Weltkrieges ungefähr 800 Tonnen Bomben abgeworfen haben, und daß heute eine Luftflotte auf einem einzigen Fluge allein mehr Bomben mitführen kann, als die englische Luftflotte während des ganzen Krieges, so kennzeichnet diese Tatsache im Zusammenhang mit der obigen Ausführung die ungeheure Gefahr, die der Sowjetunion durch die Politik der deutschen Bourgeoisie im Bunde mit den Imperialisten der anderen Mächte droht, wenn nicht das deutsche Proletariat alle Kräfte anspannt zur Verhinderung des imperialistischen Krieges durch den Sturz des kapitalistischen Systems, zur Organisation der Niederlage der eigenen Bourgeoisie im Kriegsfalle.

„Es ist unsere Auffassung, daß das Proletariat auch mit wirtschaftlichen Waffen Entscheidendes für die Verteidigung der Neutralität tun kann, ohne damit gleichzeitig der herrschenden Klasse ihres Landes gewaltige militärische Machtmittel in die Hände gibt.“

Bieligt will also noch nicht die Reichswehr bejahen, aber er bejaht die „wirtschaftlichen Waffen“ des deutschen Staates. In der Tat liegt ja hier, d. h. in der starken Metall- und Chemieindustrie die wirkliche Wurzel der Kriegsstärke des deutschen Imperialismus.

Noch einen Schritt weiter geht Paul Levi. In einem Artikel der „Blauen Volkszeitung“ vom 16. März, der den Diskussionsbeitrag Otto Bauers als eine „Dummheit“ (!) mit scharfer Worten zurückweist, schreibt er:

„Widerstand gegen den Krieg ist nur möglich, wenn das Proletariat theoretisch und praktisch, politisch und taktisch in der Schöpfung von Wehrformen eigene Wege geht.“

Levi will die Reichswehr abschaffen und an ihre Stelle ein neues bürgerliches Wehrsystem der bürgerlichen Republik setzen, das durch führende Mitarbeit der Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen die heute in der Wehrmacht bestehenden Klassengegensätze „verjöhnt“. Er hat dieses Programm in seiner bekannten Broschüre „Wehrhaftigkeit und Sozialdemokratie“ (Seite 29 bis 31) mit aller wünschenswerten Deutlichkeit ausinandergesetzt.

Kurz und gut: die Linken wollen ebenso wie der Parteivorstand die deutsche „Neutralität“ mit bewaffneter Hand wahren, sie bejahen die Vaterlandsverteidigung, die Verteidigung des Bourgeoisstaates. Der „Klassenkampf“ erklärt in seinem oben zitierten Artikel ausdrücklich, in dem linken Wehrprogramm-Entwurf bestehe insofern ein Fehler, als man nur jenen Krieg ablehnen müsse, der unter der Maske des Neutralitätsschutzes geführt werde, nicht aber Kriege, die tatsächlich diesem Zwecke dienen („Klassenkampf“ Nr. 7, Seite 213). Wenn es so weit ist, wird man schon zu lägen wissen, wie 1914!

Aber die Sache kommt noch schlimmer. Die Losung „Schutz der Neutralität“ hat nämlich einen doppelten Sinn. Nehmen wir an, Deutschland bliebe scheinbar neutral. Schon zu Beginn eines solchen Krieges werden die revolutionären Arbeiter Deutschlands offen und mit allen zweckdienlichen Mitteln für den Sieg der USSR kämpfen. Was wird die Folge sein? Man wird sie niederkämpfen unter der sozialdemokratischen Parole: „Schutz der Neutralität“! Wenn, wie im Jahre 1920, die rote Armee siegreich vordringt und sich den deutschen Grenzen nähert, wird Deutschland Truppen zusammenziehen und militärisch gegen die USSR eingreifen unter der sozialdemokratischen Parole: „Schutz der Neutralität“! Diese Losung wird also aus einer Illusion, einem bloßen Schwindel zu einer offen konterrevolutionären Parole des Krieges gegen die USSR. Paul Levi, der führende Kopf der Linken, hat sich zur Unterstützung dieses Krieges ja auch prinzipiell bereit erklärt, indem er in der zitierten Broschüre schrieb:

„Indem die Sozialdemokratie... den Beginn eines Krieges von deutscher Seite wirksam hemmt, übernimmt sie zugleich die Verantwortung dafür, daß nicht wahrhaft proletarische Interessen, die Freiheit der demokratischen Republik gegenüber anderen Institutionen (Rußland, Italien), die Sicherheit des Landes, durch einen Angriff von außen gefährdet werden.“

In der Tat: In diesem Punkte, der ideologischen Vorbereitung und Unterstützung des Krieges gegen die Sowjetunion unter der Maske des „Schutzes der Neutralität“ gibt es, wie die Linken selbst gestehen, keine Differenzen in der deutschen Sozialdemokratie. Dies ist eine Tatsache und wird es bleiben, ob nun auf dem kommenden Magdeburger Parteitag ein offenes Kompromiß zustande kommt oder nicht.

Die Kommunisten aber werden den Arbeitern mit besonderer Eindringlichkeit den betrügerischen und reaktionären Charakter der Losung „Schutz der Neutralität“ klarmachen und sie in den Kampf führen unter den Parolen:

Für den Sieg der Sowjetmacht und ihrer roten Armee über die imperialistischen Mächte im kommenden Krieg!

Kampf gegen alle imperialistischen Armeen, also auch die deutsche, aber nicht einfach mit bloßen Phrasen über „Abschaffung“ und parlamentarischen Anträgen!

Kampf nicht für die „Neutralität“ der deutschen Bourgeoisie, sondern für ihren Sturz, für ein Bündnis eines Sowjet-Deutschland mit Sowjet-Rußland!

Breslau

„Platz der Republik“

Soll vorgeschrieben haben wir einen „Platz der Republik“. Prolet, wenn du diesen Namen nennst, so vergiß nicht zu betonen: „Platz der Republik“.

Wenn dieser Platz wird durch seine Umgebung zu einem Symbol der (also „unserer“) Republik.

Der Platz selbst ist eine dreieckige Sandfläche. Über das für kann die Republik wirklich nicht. Das war schon in der Monarchie so, doch hat es damals keinem Volkswissenschaftler eingefallen, ihn deswegen „Platz der Monarchie“ zu nennen.

Ja, und nun seine Umgebung. Wanderer, der du von der Schweidnitzer Straße kommst, wende dein Auge nach links! Hinter dem Stabigraben leuchtet ein rotes Bauwerk, in seinen äußeren Formen (des Einbaus halber) etwas geschönig gierend anmutend: das Gerichtsgelände. Daneben, auf alle geschämte Pflanzerei blickend, liegt wie Reudrehens sozialdemokratische knorrige Holzgelände: das Polizeipräsidium. Ein wenig um die Ecke herum: die Dorothienkirche, flankiert auf der einen Seite vom Breslauer feinsten Hotel: dem „Monopol“ und auf der anderen von Seiner Majestät Wohnparade: dem Schloss. In der Krone unserer Republik würden jedoch noch einige kostbare Perlen fehlen, wollten wir vergessen, den nordwestlichen Teil der bewußten „Umgebung“ aufzuzählen: die Reichsbank, die Börse und das — Altertumsmuseum.

An Freudenfesten — der Lausitzer Legitimer Kinder ist immer ein Freudenfest, und unsere Republik ist ja auch so legitim — soll man nicht gefällig sein. Deswegen wollen wir heute nicht sagen, daß wir hoffen, daß recht bald das Proletariat seine historische Mission erfüllen und damit die Bestände des Altertumsmuseum um einige für den weiteren Verlauf der Weltgeschichte überhöhte Gegenstände bereichern wird.

Überfall auf eine Fleischererei

Am Sonntagabend drang nach Badenschlag in das Fleischergeschäft von Lindner auf der Kreuzstraße 55, in dem nur die Frau des Meisters und eine Verkäuferin anwesend waren, der 17jährige Arbeiter D. B. ein, der mit erhobenem Revolver Herausgabe der Kasse verlangte. Der hinzueilende Fleischermeister wurde von dem Eindringling mit dem Revolver ins Gesicht geschlagen, worauf dieser die Flucht ergriff. In dem Hause Gneisenaustraße 18 konnte er aus einem Koffert heraus, in dem er sich versteckt hatte, festgenommen werden.

Wieder zwei neue Reaktionen in der Schulverwaltung

Der Magistrat nahm am Freitag die Besetzung der beiden neu geschaffenen Magistratschulratsstellen vor. Gewählt wurde der katholische Mittelschulrektor und Stadtkoordinator Strauß und der evangelische Studienrat Dr. Richter. Von den beiden ist besonders Strauß als Mann des Rückschritts bekannt.

Sehn Jahre städtisches Presseamt

Das städtische Presseamt wurde im Mai 1919 gegründet. Sein Leiter ist seitdem Herr von Hoerner. Im Gegensatz zu anderen Behörden, denen gegenüber wir uns erst im härtesten Kampfe durchsetzen mußten, ist der Verkehr mit dem städtischen Presseamt stets reibungslos erfolgt.

Sittlichkeitsverbrechen

Auf dem Kummelplatz der verlängerten Steinauer Straße wurde am Freitagabend ein 14jähriges Mädchen von dem Schaulagergehilfen Emil Sch. vergewaltigt. Durch Hilferufe des Mädchens wurden Passanten auf diesen Vorfall aufmerksam und veranlaßten die Festnahme des Mannes.

Achtung, Notstandsarbeiter-Obste

Heute, Montag, um 20 Uhr findet im Lokal von Arndt, Malergasse 22, eine Sitzung aller Notstandsarbeiter-Obste statt. Alle Baustellen haben zu erscheinen.

Einheitlicher Schwindeln! Die grandiose Protestkundgebung gegen die sozialfaschistischen Arbeiterinhaber, die das Breslauer Klassenbewußte Proletariat am Freitagabend veranstaltete, ist allen Gegnern der kommunistischen Bewegung in die Klapprigen Knochen gefahren. Während der „Generalanzeiger“ einen Schein der Objektivität zu wahren versucht, und die im Schicksal der Versammelten mit 3000 angibt — ohne die an der Parallelkundgebung Beteiligten —, will die „Breslauer Zeitung“ ihren Lesern — denen bei solchen Meldungen das schon ängstlich pumpernde Herz noch schneller schlagen würde — zur Beruhigung einreden, es wären nur 1000 (!) gewesen. Am unerschämtesten, aber auch blödesten lügt die „Volkswacht“, die behauptet, der Saal war nur zu einem Teil gefüllt. Tatsache aber ist, daß er wegen Überfüllung geschlossen werden mußte. Die „Volkswacht“ muß, wenn sie schon schwandelt, zumindest versuchen, mit ihren gefühlsverwandten Freundinnen von der Weiden- und der Herrenstraße einen Lügen-Modus festzulegen, da sonst der Schwindeln zu offensichtlich ist.

Leichenfund. Heute morgen gegen 5,45 Uhr, wurde auf dem Sandlagerplatz auf der Vorderstraße die Leiche eines neugeborenen Kindes, in einem Schußkarton verpackt, aufgefunden.

Eine Leiche gelandet. Aus der Ober, 200 Meter unterhalb der Pöjener Eisenbahnbrücke, wurde eine unidentische weibliche Leiche gelandet. Dieselbe hat ungefähr 14 Tage im Wasser gelegen. Beschreibung: etwa 1,67 Meter groß, dunkelbrauner Substanz, volles Gesicht.

Straßenunfall. Am Sonntag gegen 14 Uhr wurde auf der Schweidnitzer, Ecke Gartenstraße die Ehefrau Elisabeth A. Reppelinsstraße 2 wohnhaft, von einem Personentransportwagen umgerissen und schwer verletzt.

Warnung vor dem Genuß von Oberwasser. Das Oberwasser wird durch den Schiffsverkehr und aus den zahlreichen an der Ober liegenden Orten ständig und reichlich mit menschlichen Auswurfstoffen verunreinigt. Es wird daher vor der Verwendung von ungekochtem Oberwasser zum Genuß oder zum Spülen von Tassen und Trinkgefäßen gewarnt, da dasselbe in hohem Grade gesundheitsgefährlich ist. Bei Verwendung ungekochten Oberwassers zur gewerksmäßigen Herstellung von Speisen und Getränken oder zur Spülung von Tassen und Trinkgefäßen werden die in Betracht kommenden Personen bestraft werden.

Briefkasten

H. W. Breg. An dem roten Pfingsttreffen sollen selbstverständlich auch sympathisierende Arbeiter teilnehmen.

Ein Justizskandal

Schießheld Gupta freigesprochen!

Trotz schwer belastender Zeugenangaben — trotz Strafantrag des Staatsanwalts

Breslau, 6. Mai.

Mitte Dezember 1927 schoß auf freiem Felde der Förster Gupta aus Sponberg, Kreis Trebnitz, den damals 18jährigen Herber Czod nieder. Angeblich wollte er den Czod beim Wildern ertappen, bei ihm ein Gewehr gesehen und in Notwehr gehandelt haben. Das Standbild aber war die Tatsache, daß Gupta den ins Antlitz Geschossenen mehrere Stunden ohne Hilfe auf dem Felde (im Winter!) liegen ließ. Als er endlich einen Rutscher zu dem Verwundeten schickte, um, wie er sich ausdrückte, den „Rehbock“ zu holen,

war der junge Mensch verblutet.

Der Fall sollte vertuscht werden. Erst durch die Veröffentlichungen der „Arbeiter-Zeitung“, die als einziges Blatt damals über die Bluttat berichtete und öffentliche Anfragen an die Staatsanwaltschaft stellte, sah sich diese veranlaßt, gegen Gupta Anklage zu erheben. Die Gerichtsverhandlung fiel darauf ungünstig für Gupta — der wegen seiner Schießmutter, die schon öfter Menschenleben gefährdet hatte, gestrichelt ist —, aus und widerlegte alle seine Angaben, daß er zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde. Kurze Zeit nachher wurde uns mitgeteilt,

daß Gupta in einem Graben ein Gewehr (Zelching) gefunden haben wollte.

Prompt behauptete er, das sei das Gewehr, das Czod gehabt habe (was ausdrücklich in der Gerichtsverhandlung als unwarhaft bezeichnet wurde). Er verlangte ein Wiedereröffnungsverfahren, dem merkwürdigerweise stattgegeben wurde.

Freitag fand nun die zweite Verhandlung statt. Sie währte von 8^{1/2}—17^{1/2} Uhr und wurde zu einer niederschmetternden Abrechnung mit dem Schießhelden. Dessen Schwindel mit dem „gefundenen“ Gewehr wurde von allen Zeugen widerlegt. Die Landjäger, die die (übrigens sehr wenig entscheidende) Untersuchung durchgeführt hatten, erklärten mit aller Bestimmtheit, daß das Gewehr nachträglich an den späteren Fundort

gelegt worden sein mußte, denn sonst hätten sie es entdecken müssen, als sie den Graben absuchten und sogar mit ihren Säbeln in das Gerümpel und in den Schlamm eindringen. Außerdem wurde festgestellt, daß das Gewehr an einer derart verdeckten Stelle lag, daß es dort hin zu bringen, es längere Zeit bedurft hätte. Diese Zeit habe aber Czod bei der (begreiflichen) Flucht vor dem allgemein als brutal bekannten Förster nicht gehabt, sondern er sei über den Graben gesprungen und sofort weitergelaufen. Erst nachher — wo er also auf jeden Fall kein Gewehr hatte — wurde er niedergeschossen.

Unter dem Eindruck dieser Beweisaufnahme mußte selbst der Staatsanwalt beantragen, es sei einem Jahr Gefängnis zu bewenden zu lassen. Auch er sagte ganz deutlich,

daß das gefundene Gewehr nicht dem Erschossenen gehört habe, und daß schon aus Rücksicht auf die besondere Nothwendigkeit des Angeklagten, der sein Opfer, ohne Hilfe zu leisten, kalten Herzens verbluten ließ, eine exemplarische Strafe notwendig sei. Als sich das Gericht zur Beratung zurückzog, blieb wohl keiner im Saale zurück, der nicht fest davon überzeugt war, daß Gupta zum mindesten die zuerst erkannte Strafe behalte, wenn er nicht gar mehr bekomme. Um so unfaßbarer war es, daß das Gericht ein freisprechendes Urteil fällte.

Mit diesem Urteil ist die Chronik der schlesischen Justizskandale um einen weiteren empörenden Fall bereichert worden. Das Gericht hat vor der Gerissenheit Gupta, der ihm das Märchen von dem gefundenen Gewehr aufbaute, kapituliert. Wir verlangen von der Staatsanwaltschaft,

daß sie sofort Berufung einlegt,

denn sie ist die einzige Instanz, die das kann, da merkwürdigerweise die Eltern des Erschossenen als Nebenkläger nicht zugelassen wurden. Was an uns liegt, wollen wir tun, dem blutigen Förster von Sponberg das Handwerk zu legen. Vorerst erlauben wir die Justizpressestelle, uns über die gerichtlichen gegen Gupta ergriffenen oder noch zu ergreifenden Maßnahmen zu informieren.

Arbeiten der Gartenverwaltung

Die Gartendirektion führt zurzeit eine Reihe von Notstandsarbeiten aus, bei denen eine größere Anzahl von Arbeitern beschäftigt wird. Arbeiten, wie Herstellung des Dampfes, des Verderberplatzes, des Beerenteiler Hügel, der Vieh- und Hofsteighöhe, sowie fast sämtlicher Rasenflächen, die zum Teil als Lagerwiesen freigegeben sind, wurden in den Vorjahren in Regie der Gartendirektion ausgeführt. Jetzt ist man merkwürdigerweise dazu übergegangen, diese Notstandsmaßnahmen öffentlich auszuführen und sie Privatunternehmern zu übertragen.

Um die große Mülldeponie im Weidenhofer Park einzudämmen, werden die durch das Hochwasser entstehenden Lämpel aufgeschüttet, die dort vorhandenen Schilfflechte beseitigt und Rasenflächen geschaffen, die neben einer Grasnutzung auch als Lagerwiesen dienen. Die unebenen und steilgelegenen Wege werden profilmäßig hergestellt, mit Schlacke befestigt und bekieselt.

Der seit vielen Jahren überflutete Parkteil und der Wasserlauf zwischen Vogelweide und Schwarzwasser werden geschlamm- und die Ufer reguliert. Die zwischen dem alten Scheitniger Park und der Hindenburgstraße liegende ehemalige Baum- und Schule wird durch Wege erschlossen. Dadurch wird gleichzeitig eine schnellere Verbindung zum Stadion erreicht. — Zum Beerenteiler Hügelgelände im nördlich vom Beerenteiler See konnte man nur bei günstigem Wetter gelangen, weil die Wege noch unbefestigt waren. Durch Schaffung befestigter Wege wird das ganze Hügelgelände erst richtig begehbar. — Die südlichen Ufer des Stadigrabens von der Taschenstraße bis zum Königsplatz werden reguliert, indem eine

breitere Rasenfläche geschaffen und die gesamte Bösung mit Mutterboden erneuert und angefüllt wird.

Nachdem die Steinstraße zwischen der Kant- und Fischerstraße nunmehr endgültig gepflastert ist, konnte auch an den Ausbauplan des anschließenden Dreieckes als Grünanlage gedacht werden. Hier entsteht ein der Größe der Fläche entsprechender Kinderspielplatz mit einem abgeordneten Ruhe- und Erholungsplatz. Um diese Erholungsstätte für jung und alt soweit wie möglich dem Straßenspaß zu entziehen, wird der Kinderspielplatz 80 Zentimeter und der Erholungsplatz 1,30 Meter über der Höhe der westlich anschließenden Kantstraße angelegt und von einer Futtermauer aus gelbem Kalkstein umgeben.

Bisher war noch keine befestigte Ansahrt zur Jahrhundertgasse vorhanden; überhaupt machte die nähere Umgebung der Halle einen sehr ungesunden Eindruck. Durch Schaffung geschotterter breiter Zufahrtswege mit anschließenden Grünflächen wird dieser Uebelstand beseitigt.

Auch unebene und bei Regenwetter nicht begehbare Promenadenwege, wie im Waldchen, Südpark, Weidenhofer Park, Wedelpark, werden instandgesetzt und zum Teil neu gebaut. Das letztere ist besonders bei den Delchwegen Kalonstraße bis Hindenburgbrücke und Morgenau-Bircham, vom Bapfenhof bis Dittwiger Straße der Fall. Dadurch entstehen Umgehungs promenaden.

Außer den angeführten sind neue Notstandsmaßnahmen in Vorbereitung, u. a. die Erschließung des Masselwitzer Waldes.

Internationales Fußballtreffen in Breslau

Am 1. Pfingsttage spielt Phönixia-Wien, wie bereits gemeldet, gegen den Verein für Leibesübungen. Um jedem Interessenten den Besuch des Spieles zu ermöglichen, sind die Eintrittspreise äußerst mäßig. Sie betragen im Vorverkauf 70, an der Kasse 80 Pfennig. Karten sind an folgenden Vorverkaufsstellen zu erhalten: Sportzentrale Schlessen, Friedrich-Wilhelm-Straße 47, Gewerkschaftshaus, Restaurant, am Büttel, Buchhandlung, Matthiasstraße 156, und bei allen Arbeiterportvereinen. Der Vorverkauf ist bereits eröffnet. Erwerbslose nur gegen Ausweis an der Kasse 40 Pfennig.

Versammlungskalender

- Kommunistischer Jugendverband**
Breslau
— Die roten Blitze. Montag 20 Uhr. Messergasse 34.
- Jung-Spartakus-Bund**
Breslau
— Gruppe Schottländer (Nord). Dienstag Spielabend. Treffpunkt 17.30 Uhr vor der „Stadt Ranslau“, Matthiasstraße 212.
— Gruppe West. Dienstag um 18 Uhr treffen sich alle Arbeiterkinder und Pioniere im „Anglerheim“, Leutenstraße. Erscheinen aller ist Pflicht.
- Roter Frontkämpfer-Bund**
Breslau
— Mt. 4. Heute 19.30 Uhr Generalmitgliederversammlung einschließlich Zug 5. Lokal: „Gubertstraße“, Friedrich-Wilhelm-Straße 32. Keiner darf fehlen. Mitgliedsbuch gilt als Ausweis.
- Sonstige Organisationen**
Breslau
— Rote Hilfe. Rechtskundstun jeden Dienstag und Freitag von 17 bis 19 Uhr im Büro, Breslau, Freieitgasse 2, 2. Stock.
— Wärfel. Metallarbeiterverband. Generalversammlung am Montag in der Kittenbrauerei.

Letzte Filmwoche!

Erstaufführung in Breslau

Moskau, wie es weint u. lacht

Ein lustiger Russenfilm
Im Beiprogramm:
Ausschnitte aus den schönsten Teilen Deutschlands
Jugend verboten. Uebliche Preise
Donnerstag (Himmelfahrtstag) u. Freitag, 5 u. 8 Uhr
Arbeiter-Sportkartell Breslau E. V.

Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 36300

Täglich 20 Uhr

Die gold'ne Meisterin

Zentral-Bekleidungshaus
Herren- und Knaben-
Berufs- und Arbeiterbekleidung
Matthiasstraße 124

Holz-, Kohlen- und
Brikett-Niederlage
Gottfried Rolke
Schweldnitz, Reichenbacher Str. 35

Amtl. Bekanntmachung von Seitendorf

Die zum persönlichen Feuerlöschdienst verpflichteten Ortsbewohner im Alter von 18 bis 35 Jahren haben bei stattfindenden Übungen wie folgt zu erscheinen:

- Bezirk Nr. 1: umfassend die Häuser Nr. 1 bis 77 einschließlich Dominium in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Juli 1929.
- Bezirk Nr. 2: umfassend die Häuser Nr. 78 bis 149 und Nr. 1 bis 9 Seitendorf in der Zeit vom 1. August bis 31. Oktober 1929.

Bei Feueralarm haben die Feuerlöschpflichtigen beider Bezirke zu erscheinen. Bei Alarmierung der Steuerpflichtigen durch Sirenen werden folgende Signale gegeben:

- ein langer Ton bei Orts euer,
- zwei Töne bei Feuer auswärts,
- drei Töne bei Waldfeuer und
- vier Töne bei amtlichen Übungen und Revisionen.

Seitendorf, den 3. Mai 1929.
Der Amtsvorsteher
Gartwig

Pfänder-Auktion

10. Mai 1929

Verlängerung nur bis
8. Mai

Pfandleihhaus
Grundmann

Trebnitzer Str. 21

Wir liefern

- Plakate
- Briefbogen
- Rechnungen
- Programme
- Einladungskarten
- Flugblätter
- Werke
- Zeitschriften
- Zeitschriften
- Retikulationsdruck
- Massenauflagen
- prompt und preiswert

PEUVAG

Papier- Erzeugnisse
und Fortwärtige
Alten- Besondere
Breslau

Fil. Breslau
Trebnitzer Str. 21



Waldenburger Bergland

Wissels Bergarbeiter-Schutz-Gesetz

Selbst für die Jugendlichen 38 Arbeitsstunden

Die Bergarbeiter haben ein Reichsgesetz verlangt, um einen besseren Schutz für ihr Leben und ihre Gesundheit zu erhalten, als er ihnen heute durch die einzelnen Landesgesetze gewährt wird. Der Reichstag hat dem Entwurf des Reichsgesetzes für die Bergarbeiter, das die Grubenherren wünschen, aber nicht das geringste zum Schutze der Bergarbeiter selbst. Die §§ 33 bis 38 beschäftigen sich mit dem Schutze jugendlicher Arbeiter unter Tage. Nach wie vor soll nur in Steinkohlengruben unter Tage die Beschäftigung jugendlicher bis zu 18 Jahren verboten werden. Im Erzbergbau sollen auch Jugendliche unter 18 Jahren zur Untertagearbeit zugelassen werden. Allerdings steht hier der dritte Absatz des § 33 folgende Einschränkung vor:

„Im Falle der Zulassung dürfen nur solche Jugendlichen beschäftigt werden, deren Gesundheit und körperliche Entwicklung nach dem Zeugnis eines von der Bergbehörde ermächtigten Arztes durch die Beschäftigung nicht gefährdet werden.“

Wie diese Einschränkung gehandhabt wird, darüber braucht niemand im Zweifel zu sein. Je nach Angebot und Nachfrage der Ware Arbeitskraft wird auch der Arzt beurteilen, ob der jugendliche Arbeiter für unter Tage ausbeutungsfähig ist oder nicht.

Ueber die Beschäftigung jugendlicher im Alter von 16 bis 18 Jahren sagt § 34:

„Arbeitnehmer unter 18 Jahren dürfen unter Tage nicht zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens beschäftigt werden. Nach der täglichen Schichtzeit ist ihnen eine ununterbrochene arbeitsfreie Zeit von mindestens elf Stunden zu gewähren.“

Hier wird also vorgeschrieben, daß die jugendlichen Arbeiter von 16 bis 18 Jahren nachts unter Tage nicht beschäftigt werden dürfen, und daß zwischen dem einen Schichtende bis zur Aufnahme einer nächsten Schicht eine arbeitsfreie Zeit von mindestens elf Stunden liegen muß.

Diese Bestimmung, die an und für sich unzureichend ist, wird aber gleich durch die folgenden Absätze desselben Paragraphen und durch den § 35 vollkommen aufgehoben. Diese sehen so viel Ausnahmen, die eine Verlängerung der Arbeitszeit und auch Nacharbeit zulassen, vor, daß praktisch die Bestimmung ohne jegliche Bedeutung bleibt. Der § 35 hat folgenden Wortlaut:

„Schichtzeitverlängerungen nach dem § 24 bis 28 dürfen für die unter Tage beschäftigten Arbeitnehmer unter 18 Jahren, weder einzeln noch zusammen, mehr als zwei Stunden täglich und zehn Stunden wöchentlich betragen.“

Arbeitnehmer dürfen während der Zeiten, deren sie zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Berufs- oder Fortbildungspflicht bedürfen, nicht beschäftigt werden. Den Arbeitnehmern ist die auf gesetzlicher Verpflichtung beruhende Unterrichtszeit auf die aus Absatz 1 sich ergebende Beschäftigungsdauer so weit anzurechnen, daß die Schichtzeit und die Unterrichtszeit zusammen 55 Stunden, und im Falle des § 23 Absatz 2 58 Stunden in der Woche nicht überschreiten.“

Demnach kann also auch für diese jugendlichen Arbeiter die Schichtzeit bis zu zwei Stunden täglich oder zehn Stunden wöchentlich verlängert werden. In Verbindung mit der Fortbildungspflicht können diese Arbeiter bis zu 58 Stunden in der Woche beschäftigt werden. Werden Fausen während der Schichtzeit eingelegt, so kommt eine Arbeitszeit von weit über 60 Stunden heraus. Demnach sollen nicht nur die älteren, sondern auch die jugendlichen Arbeiter der schrankenlosen Ausbeutung durch das Grubenkapital ausgeliefert werden.

Der Entwurf verbietet auch nicht die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter bei besonders schwierigen und gesundheitsgefährlichen Arbeiten, wie z. B. vor heißen Betriebspunkten oder in besonders schweren und heißen Strecken als Schlepper. Der Entwurf bestimmt auch nicht, daß, wenn der jugendliche Arbeiter eine gleiche Arbeit mit einem älteren Arbeiter verrichtet, er genau so, wie dieser zu entlohnen ist. Hier muß besonders die Bergarbeiterjugend einhalten und ihre seit Jahrzehnten vertretene Forderung:

Verbot der Untertagearbeit bis zu 18 Jahren durchsetzen. Ebenso: gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit!

Grubenaufsichtsmänner

Die Durchführung und Ueberwachung der Grubensicherheit und der bergpolizeilichen Vorschriften überläßt der Gesetzentwurf vollkommen den reaktionären Bergbehörden. Hier wird nicht das geringste an dem jetzigen Zustand geändert. Der § 45 sagt darüber folgendes:

„Innerhalb des Geltungsbereiches des Bergarbeitergesetzes sind die Bergbehörden Arbeitsschutzbehörden im Sinne des Arbeitsschutzgesetzes.“

Der weitere Wortlaut des § 45 sagt dann noch, daß der Bergbehörde auch die Aufgabe obliegt, auch die Durchführung des Arbeitsschutzgesetzes zu überwachen sowie alles das, was sich aus dem Bergarbeitergesetz ergibt.

Seit Jahrzehnten kämpfen die Bergarbeiter um die Beseitigung der reaktionären Einrichtung, genannt Bergbehörde. Große Kämpfe sind geführt worden, um die Einführung von Grubenkontrolloren, die von den Bergarbeitern gewählt, vom Staate bezahlt werden sollen. Seit Gründung des Bergarbeiterverbandes im Jahre 1889 bis zum Jahre 1914 fand diese Forderung an der Spitze der Programmforderungen des Bergarbeiterverbandes. In unzähligen Reden hat Otto Hue im Preussischen Landtage und später im Reichstage

die Einführung unabhängiger Grubenkontrolloren, von den Bergarbeitern gewählt, vom Staate bezahlt,

verlangt. Nun haben wir in Preußen und auch im Reich eine sozialdemokratische Regierung. Der wichtigste Posten in der Reichsregierung, der des Reichsarbeitsministers, ist durch den Sozialdemokraten Wissell besetzt. Was läge da näher, als die Verwirklichung dieser alten Bergarbeiterforderung, aber weit achsel!

Doch der Entwurf Wissells kann an dieser wichtigen Frage nicht vorbeigehen. Darum sagt sein § 46 folgendes:

„Liegt einer Bergbehörde anderer Artung die Durchführung des Arbeitsschutzgesetzes über Grubensicherheitsangelegenheiten ob, so können in der Regel mindestens 2000 Arbeitnehmer unter Tage beschäftigt werden, so müssen bei ihr Grubenaufsichtsmänner, die die erforderliche praktische Erfahrung als Arbeitnehmer erworben haben, als Arbeitsschutzbeamten nach näherer Regelung der obersten Landesbehörde mitwirken. Auf je viele Schichten unter Tage beschäftigten Arbeitnehmer muß ein Grubenaufsichtsmann entfallen.“

Also Grubenaufsichtsmänner sollen die Bergarbeiter haben. Aber diese sollen nicht von den Bergarbeitern gewählt, sondern von der Bergbehörde bestimmt werden. Welche Rechte sie haben sollen, darüber kein Wort. Sie haben und dürfen nur das tun, was der reaktionäre Bergat für gut hält. Sie sollen sein und bleiben eine weiße Salbe!

Nach einem preussischen Erlass vom 19. April 1928 sind solche Grubenaufsichtsmänner im Ruhrbergbau bereits eingeführt. Der

preussische Erlass sieht wenigstens vor, daß bei der Benennung dieser Grubenaufsichtsmänner die Gewerkschaften Vorschläge machen können und gehört werden müssen. Das Wisselsche Gesetz sieht noch nicht einmal dieses Vorschlagsrecht für die Bergarbeiter-Gewerkschaften vor.

In der Begründung schreibt Wissell, daß dem Wunsche der Arbeitnehmer nach Beteiligung an der Arbeitsaufsicht im Bergbau früher in Preußen dadurch Rechnung getragen worden sei, daß aus den Reihen der Steiger geeignete Personen zu Einfahrern bestimmt worden seien. Dann heißt es wörtlich:

„Die Bergleute verlangen aber darüber hinaus, auch die Beteiligung von Bergarbeitern an der Grubenaufsicht. Diesem Wunsche wurde Rechnung getragen.“

Wirklich, eine größere Verhöhung der Bergarbeiter haben sich die schlimmsten Reaktionäre bis jetzt nicht erlaubt. Das ist einem Sozialdemokraten vorbehalten geblieben!

Ein anderes, für die Bergarbeiter besonders wichtiges Gebiet, nämlich die Aufgaben und Rechte der Betriebsräte bei Durchführung des Bergarbeitergesetzes, wird in dem Gesetzentwurf nicht berücksichtigt. Man findet

über die Betriebsräte kein Wort im ganzen Gesetzentwurf.

Anscheinend existieren sie für den sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Wissell und seine Ministerialräte nicht. Hier wäre gerade angebracht gewesen, die Forderung der Betriebsräte und der Bergarbeiter zu erfüllen und ihnen das Recht zu geben,

bei Einstellung und Entlassung von Bergarbeitern bestimmend mitzuwirken.

Dies wäre um so notwendiger, als der Gesetzentwurf vorsieht, daß jeder Arbeiter wegen Uebertretung oder Nichtbefolgung bergpolizeilicher Vorschriften straflos entlassen werden kann. Hätte Wissell auch nur den geringsten Funken Verständnis für die Arbeiterforderung, dann hätte er wenigstens in diesem Falle bestimmt, daß eine Entlassung nur mit Zustimmung des Arbeiterrates oder Betriebsrates erfolgen kann. Aber nein! Der Betriebsrat hat nichts zu bestimmen, der Arbeiter kann rücksichtslos auf die Straße gesetzt werden. Das nennt sich sozialdemokratischer Bergarbeiter-Schutz!

Niederschlesien

Görlitz

Zwanzigstes Jahrhundert . . .

Im böhmisch-mährischen Grenzwalde wurde die Leiche eines Unbekannten aufgefunden, der sich an einem langen Strid erhängt hatte. Auf die Kunde von dem Leichenfund eilte die Bevölkerung im weiten Umkreise herbei, um sich ein Stück von dem „glückbringenden“ Armenüberstride zu sichern. Es kam um ihn sogar zu Kämpfen. Schließlich fand der Ortsvorsteher einen Ausweg, indem er den Strid fälschlicherweise meißelnd veräußerte. Die Versteigerung brachte die erhebliche Summe von 12 500 Kronen, also mehr als 1500 Mark ein.

Achtung!

Alle Kameraden des Untergaues Görlitz, die zum Reichstreffen fahren wollten, melden sich zur Autofahrt bei Mag Reetz, Görlitz, Baugener Straße 56.

4818 Erwerbslose. Vom Arbeitsamt Görlitz wird geschrieben: Die Besserung des Arbeitsmarktes hielt auch in der laufenden Woche an. Jedoch waren es fast nur die Saisonberufe, bei denen eine Besserung zu beobachten war. Als wenig günstig ist die Lage für ungelernete Arbeiter zu bezeichnen. In den anderen Berufsgruppen waren keine Veränderungen zu beobachten. Der Bezirk des Arbeitsamtes betreut zurzeit 7978 Arbeitsuchende. In der Stadt Görlitz allein wurden 4818 Erwerbsuchende gezählt. Unter diesen für Görlitz angegebenen Arbeitslosen befinden sich 188 Personen, die zurzeit bei Notstandsarbeiten beschäftigt werden.

Die Standsamtsstatistik für den Monat April bemerkt an Geburten 102 (1928: 101), an Eheschließungen 62 (56) und an Sterbefällen 129 (123). Es sind also im April dieses Jahres 27 Personen mehr gestorben als geboren wurden.

Lauban

Der Mörder verhaftet.

Der des Mordes an dem Ingenieur Schütze verdächtige Fleischer Willi Kauthe ist in Dresden festgenommen worden. Zwei Beamte des Kriminal- und Grenzkommissariats Seidenberg O.L. haben sich nach Dresden begeben, um ihn nach Görlitz zu überführen.

In den Abort gefallen. Als in einer Leinwandweberei eine Arbeiterin den Abort betrat, brach die Decke unter ihr, so daß sie in die Tiefe stürzte. Ein vorübergehende Arbeiterin sah, daß zwei Arme aus der Abortgrube ragten. Sie benachrichtigte eine Kollegin, mit deren Hilfe die Verunglückte aus der Grube gezogen wurde. Wäre nicht rechtzeitig Hilfe gekommen, so wäre sie hilflos erstickt.

Grünberg

Städtisches

Der Vorsitzende des Arbeitsamtes Dr. Althoff ist zum Regierungsrat gewählt worden. Seine erste Handlung war, daß er den Erwerbslosenanschuß nicht anerkannte. — Das Gut Wittschindorf ist dem bisherigen Pächter Pietsch entzogen worden und wird fälschlicherweise durch einen Verwalter weitergeführt, bis sich eventuell ein Käufer dafür findet. Warum gibt man das Gut nicht für Viehhaltung an Kleinbauern her? — In fast sämtlichen Straßenwärtlein der Stadt sind Rohrbrüche zu verzeichnen, die Tag und Nacht Arbeit sowie große Kosten verursachen. Die Kanalisationsarbeiten haben jetzt begonnen und haben die Firmen Windtschild & Rangoldt sowie Helbig bereits Erwerbslose vom Arbeitsamt und Ausgehende vom Wohlfahrtsamt eingekleidet.

Der Verband für Friedenlerium und Feuerbekämpfung hielt vor einigen Tagen in der „Reichshalle“ seine Mitgliederversammlung ab. Der Geschäftsführer Möbus hielt einen Vortrag über die Kontraktfrage. Er führte dabei aus, daß die Waffen durch die

Oberes Revier

Heraus zur Protetlunggebung

Am Mittwoch, dem 2. Mai, findet auf dem Ring in Gottesberg eine Protetlunggebung gegen das Berliner Blutbad statt. Arbeiter, Arbeiterinnen, erscheint zahllos!

Ein tödlicher Grubenunfall ereignete sich auf der Melchiorgrube. In der 12. Abteilung ging plötzlich ein Kohlenfeller zu Bruch. Der Bauer August Flässig aus Dittersbach wurde von den Gesteinsmassen verschüttet und konnte nach zweistündiger angelegter Bergungsarbeit nur noch als Leiche geborgen werden.

Schweidnitz

SPD-Streikgelbhalter der Reaktion.

Zu der Wahl Dr. Peikers zum 1. Bürgermeister sei nachträglich mitgeteilt, daß die zu seiner Wahl notwendigen 22 Stimmen beschaffbar gewesen wären, weil ein Sozialdemokrat mit den Bürgern gestimmt hat.

Neuer Skandal am Arbeitsamt.

U. A. Zu immer größeren Skandalen entwickelt sich die Behandlung der Erwerbslosen vom Arbeitsamt Schweidnitz. Ohne jede nähere Begründung wird durch den Erwerbslosen mitgeteilt: „Unterstützung abgelaufen“, und damit Schluß. Am schlechtesten kommen die Kollegen vom Landreise weg. Kassiert wird vom Arbeitsamt die sogenannte „Anrechnung der Zwischenzeiten“ vorgenommen. Durch die manchmal etwas nachlässige Behandlung der Anträge von Seiten gewisser Angestellten (streunational) wird so mancher Kollege glatt über's Ohr gehauen. Beschwerden haben dann fast immer die Welle infolge „Fristverstreitung“ zur Folge. Es wird höchste Zeit, daß sich der ADW. Schweidnitz, der ja sonst immer das Meinrecht für die Erwerbslosen in Anspruch nimmt, etwas mehr um die Praxis des Schweidnitzer Arbeitsamtes kümmert. Oder haben sich unsere reformistischen Gewerkschaftsvertreter am Arbeitsamt Schweidnitz schon offen als machtlos erklärt? Doch die Erwerbslosen dürfen nicht warten, bis der reformistische ADW. Ortsvorstand etwas tut. Es heißt, selbst Hand ans Werk legen durch energichste Unterstützung des selbstgewählten Ausschusses und durch geschlossenen Kampf!

Landeshut

Aufgewacht ist die hiesige Sozialdemokratie. Sie verbreitet Anfang Mai ein am 7. März (!) hergestelltes Flugblatt über die Vorgänge in der Druckerei unseres Brudersblattes „Bergische Arbeiterstimme“. Zu den Vorgängen haben wir seinerseits bereits Stellung genommen. Unseren Lesern können wir mitteilen, daß die Landes-huter Sozialdemokraten nach der Verbreitung des Flugblattes wieder schlafen gegangen sind.

Sozialdemokratie ihre Herrschaft aufgebaut haben, geschützt durch die Reichsverfassung von 1919. Dadurch fordern sie ihr Konkordat, das heißt konfessionelle Schule, kirchliche Festungen, Annulierung der bis jetzt zu zahlenden Abgaben (Steuern) u. a. m. Der Referent wies auf Sowjetrußland hin, wo den christlichen Konfessionen seit der Oktoberrevolution 1917 sämtliche staatlichen Rechte und Hilfe aberkannt wurden. In der Diskussion sprachen die Freunde Losmider, Schneider und Schirm im Sinne des Referenten. Genosse Möbus forderte in seinem Schlusswort den Vorstand auf, eine Konkordatskampagne einzuleiten, um dem Proletariat das wahre Gesicht der Kirche zu enthüllen.

Sagan

Todesprung ins Wasser. Von der verlängerten Ludwigstr. brüde sprang der in mittleren Jahren stehende Straßenmusiker Georg Joachim aus Biesau aus Mangel an Nahrung in den Hober. Man versuchte, ihn mit Hilfe eines Rahmes zu retten, doch konnte er erst am Wehr als Leiche geborgen werden.

Sprottau

Selbstmordversuch wegen nichtbestandener Prüfung. Ein Instalatorenlehrling aus Schlawo, der die Gehirnenprüfung nicht bestanden, wollte sich aus Mangel hierüber erhängen. Im letzten Augenblick konnte man ihn von dem Verhängnis abhalten.

Goldberg

Der falsche Name im Gefangenenbuch. Als der 30jährige Wälder Bahst Buzczal am 18. Oktober 1928 ins Gefängnis in Goldberg eingeliefert wurde, gab er trotz entprechender Vorhaltungen einen falschen Namen an, so daß er unter einem falschen Namen in das Gefangenenbuch eingetragen wurde. Wegen dieser falschen Angabe, die juristisch unter dem Begriff der intellektuellen Urkundenfälschung fällt, stand er nun vor dem Kreisgericht Schöffengericht. Er erhielt eine Gefängnisstrafe von drei Wochen. Da er seit 19. April d. J. in Untersuchungshaft ist, wurde ihm diese voll angerechnet.

Hagnau

Großfeuer im Dampffägerwerk.

Am Freitagnachmittag brach im Dampffägerwerk am Bahnhof Reilicht Feuer aus, das sich alsbald stark ausbreitete, weil es in den Holzvorräten reichliche Nahrung fand. Die Motorspritze aus Liegnitz mußte zu Hilfe gerufen werden. Ebenso leisteten die Feuerwehren von Hagnau und der übrigen Nachbargemeinschaft Löschhilfe. Die Entstehungsurache des Brandes ist unbekannt.

Liegnitz

Ein Nachtrag zum Weltmorden.

Auf Antrag des Waldarbeiters Heinrich Wurst ist der Kriegsverfolgte Musiker Richard Wurst, geboren am 31. Januar 1894 in Schönborn, Musiker der 3. Kompanie des Infanterie-Regiments 47, vermisst seit dem Gefecht bei Combrès am 6. April 1915, vom Amtsgericht Liegnitz nach vorausgegangenem Aufgebot für tot erklärt worden. — Rühmliche Worte! Wer aber weiß, welches Drama sich vielleicht hinter diesem „Fall“ verbirgt?

Aus dem Riesengebirge

Der 1. Mai in Hirschberg. Trotz dem die Hirschberger Gewerkschafts- und sozialdemokratischen Führer die Demonstration am 1. Mai abbremsen, demonstrierte mit der kommunistischen Partei und dem Roten Frontkämpferbund ein großer Teil der Hirschberger Arbeiter. Sogar sozialdemokratische Arbeiter schlossen sich dem Zuge an, der durch die Straßen bis vor das Rathaus führte, wo Genosse Ritzke die Ansprache hielt.

Oberschlesien

Aufruf der Roten Hilfe für die Opfer des Maikampfes

Der 1. Mai hat in Berlin und anderen Teilen des Reiches zahl- reiche Opfer gefordert.

Viele Tote und Verwundete, Tausende von Verhafteten sind das Ergebnis der blutigen Polizeialaktionen. Unter Führung des sozial- demokratischen Polizeipräsidenten Jürgel mitete die Polizei mit Panzertruppen, Maschinengewehren und Gummiknüppeln gegen die Ber- liner Maidemonstranten.

Auch in anderen Ländern, wie Frankreich, Polen usw. kämpfte die Reaktion mit gleichen Methoden. Die Anwendung der brutalsten Gewaltmittel zur Niederhaltung der hungernden und ausgebeuteten Proletariatsmassen zeigt die scharfe Zuspitzung des Klassenkampfes in allen kapitalistischen Ländern.

Die Niederknüpfung der Berliner Arbeiterkraft am 1. Mai ist für Deutschland der Beginn einer neuen blutigen Verfolgungswelle.

Die große Zahl der Opfer des Maikampfes erfordert sofort um- setzende Hilfsmaßnahmen.

Eine große Sammelaktion muß eingeleitet werden!
Sammelt besonders in allen Betrieben!
Erhebt scharfen Protest gegen den Polizei- und Justizterror!
Fordert die sofortige Freilassung aller Verhafteten!
Fordert staatliche Unterstützung für die Verwundeten und Hinter- bliebenen der Gefallenen!

Die Rote Hilfe Deutschlands ruft alle Werktätigen zur proleta- rischen Solidarität auf!

Sammelt und gebt für die Maiopfer!
Schließt euch der Roten Hilfe Deutschlands an!

Bezirksvorstand Oberschlesien
der Roten Hilfe Deutschlands.

Gleiwitz

Bed' sorgt schon für Ordnung

Der sozialdemokratische Polizeipräsident sorgt doch im Interesse der Bourgeoisie für alles. Vorläufig verbietet er wieder mal Demon- strationszüge für die entgegengesetzte Richtung in den Einbahn- straßen. Am liebsten möchte er dieselben wie sein Freund Blü- ttergabel ganz verbieten. Wie lange wird er damit noch warten?

Handtaschen in den städtischen Autobussen

In den städtischen Autobussen sind nachfolgend ausgeführte Gegenstände in der Zeit vom 1. bis 30. April 1929 gefunden worden: 8 Handtaschen, 2 Mantelkoffer, 2 einzelne Handtaschen, 7 Paar Hand- schuhe, 1 Rolle Bindfaden, 1 Geldbörse, 2 Aktenordner, 1 Kinder- mütze, 2 Taschentücher. Die Sachen binnen in den Dienststunden im Verkehrsamt, Wewenstraße 6, abgeholt werden. Sachen, die inner- halb sechs Wochen nicht abgeholt sind, kommen zur öffentlichen Ver- feigerung.

Hindenburg

Abbau der Schulförderleistung

Der Magistrat, dessen oberster Herrscher jetzt der Sozialdemokrat- Franz allein ist, hat beschlossen, die Schulförderleistung erheblich einzuschränken. Diese panzerkreuzerpolitische Maßnahme ist eine Auswirkung der schwarz-schwarzotzgeben Koalitionspolitik. Woher die Arbeiterbevölkerung schwer treffende Schlag geschleht zu- gunsten der Paritasvereine. Der Magistrat entzieht den Schul- kindern das Frühstück, um den kapitalistischen Organisationen ein größeres Tätigkeitsfeld einzuräumen. Nun, die Tätigkeit dieser schwarzen Organisationen ist ja hinreichend bekannt. Nur wer dort als Mäurer eintritt oder sich als Mäurer herauswagt, wird etwas bekommen. Mit den Mitteln, die den Arbeiterkindern entzogen werden, wird Propaganda für das Pfaffenamt gemacht.

Mit der schändlichen Begründung, es muß so sein, wird behauptet, daß die Schulförderleistung von einzelnen Eltern als Ablösung des Morgenfrühstücks betrachtet wird, verlegt man die noch verbleibende Speisung vom Beginn des Unterrichts auf die große Pause. Die Arbeiterkinder sollen also in den ersten Stunden des Unterrichts hungern. Denn es ist doch so, daß die Proleten mit ihren Hun- gerlöhnen durchaus nicht in der Lage sind, ihren Kindern ein Frühstück vorzusetzen. Hunger und nochmals Hunger wird überall gegen die Arbeiterschaft ausgesprochen. Je mehr der SPD-Panzer- kreuzer wächst, desto größer wird der Hunger.

Der Abbau der Schulförderleistung in Hindenburg ist nur ein Glied in der Kette der arbeitfeindlichen Politik. Die Arbeiterschaft darf sich nicht ohne weiteres diese Hungermaßnahmen gegen ihre

Kinder gefallen lassen. Mit der SPD muß sie geschlossen gegen das Hungerregime kämpfen.

Wer wird Oberbürgermeister?

Hin und her geht der Schacher um die Besetzung der Stelle des Oberbürgermeisters. Das Zentrum setzt besonders alles daran, einen aus seiner schwarzen Clique für diesen Posten zu unterbreiten. Die Sozialdemokraten geben sich mit ihrem Franz zufrieden und wenden dem Zentrum nichts entgegenstellen. Auf dem zentralistischen Präsenzierteller steht ernsthaft der gegenwärtige Beuthener Stadt- lämmerer Raspeckow.

Der Arbeiterschaft ist dieser Kandidat nicht unbekannt. Sie hat aber weder von ihm, noch von einem anderen bürgerlichen oder auch sozialdemokratischen Oberbürgermeister etwas zu erwarten. Im Durch- führen der kapitalistischen Interessen gegen die Arbeiterschaft sind sich die Leute, ob sie schwarzweißrot, schwarz oder schwarzrotgelb sind, alle einig. Den Schacher um den Posten des Oberbürgermeisters wird die Arbeiterschaft aber nicht unbeantwortet lassen.

Beuthen

Der nächste Freitag

Am Donnerstag, dem 16. Mai, findet im hiesigen Kreishaufe eine Sitzung des Freitagstages statt.

Ratibor

Unser Maiaufmarsch

Unter Führung der kommunistischen Partei mit den folgenden auf Transparenten enthaltenen Losungen „Krieg dem imperialisti- schen Krieg“, „Verteidigung der Sowjetunion“, „Nieder mit der sozialfaschistischen Koalitionspolitik“, „Kampf um den Achtstundentag“ und einer Reihe weiterer Losungen mit dem Ziel des Sturzes der kapitalistischen „Ordnung“ und Aufrichtung der Diktatur der Wer- tätigen, der Verwirklichung des Sozialismus, marschierten die von guter Kampfstimmung getragenen werktätigen Massen am 1. Mai in Ratibor auf. Morgens um 5 Uhr fanden sich Partei und RFD mit den Sympathisierenden am bekannten Stellplatz zum Aufmarsch nach Pawlau ein, wo gleichfalls eine Mobilisierung der Landbevölkerung mit Unterstützung der Schalmeienkapelle des RFD stattfand. Zwischen 8 und 9 Uhr vormittags wurde der Rückmarsch nach Ratibor zum Hauptaufmarschplatz, der „Frankischen Wiese“, angetreten. Von hier aus bewegte sich kurz vor 10 Uhr die Demonstration durch die Stadt mit anschließender Kundgebung um 11 Uhr am Ring. Während der Demonstration durch die Straßen schlossen sich weitere Teilnehmer an, so daß nach Ankunft derselben am Ring der Genosse König vor einer großen Menschenmasse über die Bedeutung des 1. Mai, die gegen- wärtige Situation und die Aufgaben und das Ziel der Arbeiterklasse

sprach. Nach einem von den Massen mit Begeisterung aufgenommenen Hoch auf die Weltrevolution beendete der Referent seine Ausführ- ungen. Nach der Kundgebung formierte sich nochmals der Demon- strationszug und bewegte sich nach dem Stadtplatz Ostrog, wo die Auf- lösung beschlossen vor sich ging. Abends um 7 Uhr fand im „Schle- sischen Hof“ die von der Partei und dem RFD durchgeführte Abend- veranstaltung statt, die gut besucht war, und in der von Parteigenossen und RFD-Kameraden kurze Theaterstücke und Szenen vorgeführt wurden, die mit Beifall von den Anwesenden aufgenommen wurden. Die Demonstration und Kundgebung hat den Spielern und Reaktio- nären gezeigt, daß trotz den Verbotsandrohungen und Schlänen die rote Klassenfront in Ratibor wächst, und mit ihr der Wille und die Kampfbereitschaft zum Sturz der herrschenden Klasse und der Errich- tung eines Sowjetdeutschlands.

Die von der SPD- und Gewerkschaftsbürokratie geführte Mai- demonstration setzte sich unter Vorantritt der Stadtblasse mit der Marktschlucht „Althofs wilde verwogene Jagd“ aus einem Haufen Arbeiteraristokraten mit ihrem Anhang zusammen, flankiert von der Schutzpolizei wie zerbrochenes Porzellan.

Oppeln

Der neue Gummiknüppel

Zum neuen Kommandanten der Oppelner Schutzpolizei ist der Major Jitschin ernannt worden. Der neue Gummiknüppel kommt aus Hindenburg und amtiert bereits. Er gilt im Spiegel der Bourgeoisie und der sozialdemokratischen Presse als ein „Mann von besonderen Qualitäten“. Das wird schon stimmen. Major Jitschin ist ja dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Bed', Gleiwitz, gegen die Arbeiterschaft tüchtig zur Hand gegangen. In Hindenburg ist noch heute die Ortschaft des RFD, verbotener- und daran ist auch dieser Major Jitschin nicht ganz unbeteiligt.

Protest für Berlin

Die Wogen der Berliner politischen Ereignisse haben auch die Oppelner Arbeiterschaft in Bewegung gebracht. Trotz kurzer Vor- bereitung war die Kundgebung am vergangenen Freitag auf 1000 ge- wöhnlich stark. Die Polizei, heritten vor und hinter dem Zuge, zeigte, daß sich der kapitalistische Staatsapparat in höchster Alarmbereitschaft befindet.

Die Ausführungen des Genossen Glend, der als Vertreter der kommunistischen Partei das blutige Handwerk Jürgelbels brand- markte, ebenso die temperamentvollen Worte des Genossen Schwab- tel, der als Freigewerkschaftler zu der fruchtlosen Entlassung der kommunistischen Betriebsräte der Verkehrs-W.G. Berlin Stellung nahm, wurden von den Kopf an Kopf stehenden Arbeitern mit Leb- hafter Zustimmung begleitet.

Der sich an die Kundgebung anschließende Demonstrationzug war bedeutend länger als der am 1. Mai. Das Fahrgeld für eine hier gewählte Delegation, welche von Oppeln an der Besetzung der gefallenen Arbeiter in Berlin teilnimmt, war in wenigen Minuten zusammen. Eine alte Frau gab von ihrem wenigen Geld 1 Mark. Sie tat es sicher nur deshalb, weil sie mußte, für was die Opfer ge- fallen sind.

Verlangt richtigen Lohn!

Auf der Baustelle Schule, Flurstraße geht der Bauunternehmer Urban Kaspere mal mit Zunderbrot, mal mit der Peitsche an die Ausbeutung seiner Arbeiter. Diesmal ist es Zunderbrot. Ab und zu verteilt Herr Kaspere Zigaretten und auch Schnaps an die dortigen Arbeiter. Zweck der Übung ist, für die weiter ungenügend bleibenden Löhne aus den Proleten herauszuholen, was nur logisch möglich ist. Einige Proleten geben auch ihr letztes auf dieses Manöver Kaspere's hin und arbeiten bis zum Umfallen.

Bauarbeiter, wir rufen euch zu: Pfeift auf diese sogenannten Liebesgaben der Ausbeuter. Verlangt für eure Arbeit auskömmliche Löhne. Kämpft für diese, die Arbeiter brauchen keine Liebesgaben.

Säuglingsfürsorgekette (Mütterberatung)

Jeden Montag und Freitag von 15-16 Uhr in der Provinzial- Hebammen-Lehranstalt, Malapanner Straße 20, unentgeltliche ärztliche Beratung.

Bereits am Mittwoch

wird die nächste Nummer der Eisenbahn-Ausgabe gedruckt werden. Sie wird also einen Tag früher erscheinen. Genossen, beachtet dies und bestellt rechtzeitig!

BRENNENDE RUHR Von K. GRÜNBERG

Roman aus dem Kapp-Putsch
Copyright 1929 by Greifenverlag, Rudolfskühl

Als er wieder zu sich kam, entdeckte er zu seinem Entsetzen, daß er mit Striden an den Baum gefesselt war. Außerdem hatte man ihm vor den Mund einen Sandsack gebunden, daß er keinen Laut von sich geben konnte.

Wo von den Roten überfallen? — Stillos gefangen? — — — Alle Schauererregungen über Kreuztaten der Volksherrschaft an ge- fangenen Weissen gingen ihm durch den Kopf. Sollte das schon das Ende seiner Laufbahn sein, ein qualvoller Tod durch einen unbar- merzigen Feind? — Aber wo waren seine Kameraden? Gefangen, gefallen oder entkommen? — — —

Doch da standen ja beide, keine drei Schritte entfernt, und be- wachten aufmerksam, wie er wieder zu sich kam. Hatten die sich etwa einen schlechten Rekrutenführer mit ihm erlaubt? — — —

„Wo, da hat er ja wieder seine blöden Sinne bekommen,“ sagte der eine. „Wir hätten dich Lump ja einfach wie ein Schwein tot- stechen können, aber für einen Kerl, der Waffendepot verrät und Einwohnerwehrlisten den Roten ausliefert, ist ein gutes bayerisches Messer noch zu schade. Deshalb haben wir für dich eine besondere Strafe erfunden. Also höre fein zu, mein Junge: Du sollst von deinen eigenen Freunden, die da drüben jenseits der Lippe liegen, sterben. Wir werden aus der Deckung heraus zu schießen anfangen. Drüben bist ein rotes Maschinenengewehr, das antwortet und aus dir Kad- braten schießt wie ein Hund!“

Reißchen glaubte, seinen von dem Schlag noch immer fluchenden Ohren nicht zu trauen. Was sollte das heißen? — Er und ein Ver- räther? — Die Blide der beiden Soldaten zeigten ihm, daß es blutiger Ernst sei. Hier mußte ein furchtbares Mißverständnis vorliegen. Während herrte er an den Striden, die aber keinen Hohn nachgaben. „Laßt mich los, — laßt mich wenigstens drei Worte zur Ver- teidigung, ihr mordet sonst einen Unschuldigen,“ wollte er rufen, aber mir ein dumpfes Knurren kam aus seinem zugebundenen Mund. Ganz dicht sah er die höhn- und hohnstachelnden Augen der beiden Vandalen vor sich, Speichel klatschte ihm ins Gesicht — dann waren sie verschwunden.

Aber die schmerzenden Stride, das unerträgliche Stechen im Ohr und die feuchte Kälte, die von dem Bienenboden ihn anhauchte,

sagten ihm, daß es kein böser Traum, sondern blutige Wirklichkeit war. Zu genau entsann er sich aller Einzelheiten seiner abenteuer- lichen Flucht aus Swertrop. Seine schwerranke Mutter hatte er verlassen, um der nationalen Sache zu dienen. Und nun? — Ver- seimt und gerichtet, ohne Verhör und Verteidigung! —

Diese Tränen rollten ihm über die Wangen. „Arme Bißle! — Ob sie weinen würde? — Ob sie überhaupt je erfuhr, wie elend er sterben mußte?“ —

Ein furchtbarer Gedanke krallte sich plötzlich in sein Hirn. — Hatte sie falsches Spiel mit ihm getrieben? — Woher konnten die Bayern seinen Namen, wußten von den Swertroper Ereignissen, kamen sie zu dem entsetzlichen Verdacht? — Darum also die ver- dächtige Geste, mit der man ihn fortgelockt und schließlich bis in die vorbestimmte Linde gebracht hatte? — Beim ersten Kugelpfeifen sollte er an sie und den Augenschwur denken! —

„Verräter, verfallen der Feme!“ kreiste es in Flammenschrift vor seinen Augen! — Kein Zweifel, sie gehörte ja dem „inneren Ring“ an! Sie hatte ihn mit kalter Berechnung in den Tod geschickt, nach- dem sie ihn noch die höchsten Wunden kosten ließ.

Von irgendwo, weißer, schügel eine blecherne Turmglode drei Uhr. Die höllische Kirche zu Marialinden fiel ihm ein, wo er als kleiner Knabe ministriert hatte. Der zum Tode Verurteilte begann zu beten:

„Gebet jetzt Du, Mutter Maria! Gebenedeit unter den Weibern! Bitte für uns an Gottes Thron jetzt und in der Stunde des Todes!“

Zwei Schüsse trachten hinter ihm auf. Deutlich hörte er die Kugeln vorüberfliegen. Das war das Ende! Gleich würde da drüben die Totenorgel beginnen. —

Aber was war das? — Aus dem Nebel erhoben sich dunkle Gestalten. Vor und hinter ihm: blitze und knalle es jetzt in rascher Folge auf. Wie ein Lauffeuer raste es die ganze Linde entlang. Leuchtend schossen in die Luft, Maschinengewehre blafften los. — Da schwand ihm die Sinne — — —

Als er wieder zu sich kam, war es Tag. Sein erster Blick fiel auf einen Schallteller. Er lag auf einem Strohsack, und um ihn herum ein Duzend blauer Gesichter mit weißen Verbänden. Ein Arzt in weißem Operationsmantel und eine junge Schwester standen an seinem Lager.

„Er hat einen Bauchschuß, wird daher nicht mit abtransportiert. Achten Sie darauf, daß ihm auch niemand etwas zu essen oder zu trinken gibt. Höchstens den Mund etwas anfeuchten.“ Hörte er sagen.

In diesem Augenblick begannen die Schreien unter einem dumpfen Grollen zu gähnen. — „Sie haben unser Ultimatum auf

Übergabe abgelehnt. Jetzt beschieß unsere Artillerie. Festung Weisel,“ sagte eine Stimme.

„Wo er war schwer verwundet und dazu noch gefangen, in einem roten Feldlazarett! — Jetzt war ihm alles egal, und in tödlicher Ermattung schloß er abermals die Augen. — — —

16. Kapitel

Die Situation für die Rote Armee wurde von Tag zu Tag unhaltbarer. Zwar war ein Vorstoß der Reichswehr auf dem westlichen Flügel in Richtung Friedrichsfeld erfolgreich zurückgeschlagen worden. Aber die roten Truppen litten Mangel an allem, was der Soldat im Felde gebraucht. Die Lebensmittel kamen unregelmäßig und in ungenügender Menge an. Wohnung war überhaupt nur für die ersten fünf Tage gezahlt worden. An Ersatz für die abgerissenen Kleider und Stiefel war nicht zu denken, ebensowenig an Decken, so daß die Arbeiter in den Schützengraben bei den kalten März Nächten bitterlich froren. Auch Munitionsmangel machte sich stark bemerkbar, und es kam vor, daß man die Truppen mit je drei Patronen ins Gefecht schicken mußte.

Die Vollausrüster stießen bei ihren Bemühungen auf schier un- überwindliche Schwierigkeiten, vom einfachen Mangel bis Sabotage und offenen Widerstand. Nichts aber zermürbte den Kampfesgeist einer Truppe mehr, als wenn zum Mangel am Nötigsten das Gefühl der Verlassenheit hinzukommt, wie es sich rapid wachsend bei der roten Armee breit machte. Dieselben Truppen, die so heldenhaft gekämpft, freudig zu den höchsten Anstrengungen und Opfern bereit waren, begannen sich zu zerlegen, als sie merkten, für eine verlorene Sache zu stehen.

In dem als Stabsquartier des Swertroper Frontabschnitts umgewandelten Dorfgasthof warteten die Kompagnieführer auf die Parole. Der Kommandeur Sutrow war am frühen Morgen tele- phonisch nach Mülheim zu einer entscheidenden Sitzung der Kampf- leiter beordert worden. Jetzt war es fünf Uhr nachmittags und noch immer klieb er aus.

Kompagnieführer Schulz schlug mit seiner Murren auf den Tisch, daß es krachte. „Die Hagener sollen uns mitant den Dieb- jeldern am Arsch ledern. Wer hat sie ermächtigt, über uns zu ver- handeln? — Haben wir sie besiegt? — Aufhängen müßte man die Galunken, die das Abkommen mit unterzeichneten, mitant dem Gebirg.“

(Fortsetzung folgt.)

Grünberg

August Litzke
Beste Bezugsquelle von Trauben- und
Berenweinen, Spirituosen aller Art.
Ruf 407 88454
Trinkt die wohlbedimmlichen
Grünberger
Bergschloß-Biere
88455
Möbel-Fabrik
65/68 Niederstraße 65/68
88457

Großes Lager reeller Schuhwaren
E. Bierus, Niederstraße 10/11
88378
Diederich - Knechtel
Otto Hoffmann, Raumburger Straße 1
88374
Herrn- und Damen-
Wäsche- und Bekleidungs-
Geschäfte
88375
Herrn- und Damen-
Wäsche- und Bekleidungs-
Geschäfte
88455
G. Gebhardt, Ring 9
Herren-, Knaben- u. Berufsbeleidung
88368
Manufaktur-, Weiß- und Holzwaren
Aug. Gürnth
Breite Straße 1
88401

Leinenhaus, E. Herrmann
57 Berliner Straße 57
88301
Bäcker, Tricotagen, Strumpfwaren
Theodor Hildebrandt, Berliner Str. 4
88305
Karl Köllner, Berliner Straße 17
88305
Göhring, Ring 35
88305
G. Grotz, Alt-Rosfelder Straße 1
88457
Fritz Gutsch, Breite Straße 13
88460

Photo-Gasse / Breite Straße 15
Kaufhaus Bornstein
bekannt für gute Waren
zu niedrigsten Preisen!
88468
Paul Mohr, Niederstraße 10 a
88468
Kunella Gold
mit den wertvollen
Kunella Gold
allein erhältlich in der
Kunella-Butterhandl.
88364
Kunella-Planke
88468

Jug. B. Wielefeldt
Radiofachgeschäft :: Elektroartikel
Postplatz 16, gegenüb. „Grüner Kranz“
88466
Rittelmann & Ansel, Postplatz 15 a
88465
Stuhrmann
88399
H. Fleisch- und Wurstwaren
88370

O. Pose Nachf.
W. Zillmer
reinst, fröhlich, wässert
20. Niederstr. 20

Walter Germer
Breite Str. 21
Kolonialwaren
Spirituosen 88462

Beerdigungs-
Institut
Paul Kleint
Breitestr. 74 88460

W. Grau
Damen-Konfektion
Aussteuer-Waren
Kleiderstoffe
Preiswert und gut!

Spielwaren
empfehlen
Geschwister
Franko
42 Neckerstr. 42

F. Lieblich
Ring 10
Stahlgewerke
Kassenscheit
Schleiferei

Roschlichtererei
Brose
Berliner Str. 76
Prima Fleisch-
u. Wurstwaren

Lederwaren
Spez. Geschäft
reichh. Auswahl
August Hinz
8. Berliner Str.

Sagan

Jda Seifert Nachf.
Kopierstr. 19
Wollwaren, Wäsche
Kurzwar., Babyartik.
Preiswert-Platte
88302

Ernst Ramtke
Schuhwaren
Kopierstr. 55
88710
Markt
88302

Alots Hampel, Waldenburger Straße
Jug. Jugend Bekleid.
empf. sämtl. Kolonial- u. Tabakwaren
88690
GEBRÜDER AUDORFF
Grammophon / Schallplatten / Musik-
instrumente / Buch- u. Papierhandlung
88530
Gasthaus Domke, Galtener Str. 4
88628
F. Rollmann / Markt 24
88709
J. Rosal, Ederstraße 9
88526
J. Röhling, Fischendorfer Straße 14
88521
H. Michaels, Ring 33, Ederstraße
88711

Fahrrad-Schulz
Friedrichstraße 18
Nähmaschinen / Sprachapparate
88708
Fritz Skupin, Ring 35
Herren- und Knabenbekleidung
88525
Branerei „Tivoli“
M. Bandach
Karamell- und Eisfabrik
Kohlenhandlung
88525
MIFA-FAHRRÄDER
88605
Willy Reichelt, Lebensmittelhaus
88601
Fritz Hoffmann, Replerstraße 53
88533
Restaurant „Zur Weintraube“
88517

„Deutscher Kaiser“
Jug. Oswald Siegert
88519
Trinkt einheimisches Bier
der Brauerei Bergschloßchen AG.
88718
Kaufhaus
Brandt & Wegner / Sagan
88718
Geht alle in's
CENTRAL-THEATER
88718
B. Zindler, Meinnsch Nachf., Sorauer Straße Nr. 24
88718
Brand & Klaus / Elektrizität und Gas
88718

Die Saganer
Zentral-Molkerei
88519
Trinkt einheimisches Bier
88718
HUTBAZAR WENSKÉ
88608
Fritz Runtzsch
88608
Berthold Schwab
88608
Neusalz a. d. O.
88604
A. Krause
88605
Max Jordan
88605

Bandeshut (Schles.)
Georg Schür - Bogelstraße 2
88704
Paul Zährner - Markt 19
88598
Kaufhaus Lohr Burgberg
88702
+ Drogerie E. Krause +
88708
Zigaretten - Zigaretten
88704
Erhard Alfred Krebs, Kornstraße 9
88709
Karl Thielmann, Marktstraße 33-39
88608
Josef Fischer - Bismarckstraße 27
88608
Erich Friedrich, Oberstraße 1
88607
Fritz Meyer, Saffortstraße, Bismarck-
88606
Germans Schürer's Nachf., Joh. Karl Nachf.
88606
GUSTAV HAACKE
88602
Werner George, Ederstraße 30
88609
Gieseler's Nachf. / Marktstraße
88608
Kaufhaus Gustav Stiel Nachf.
88604

Reserviert Nr. 38
Hirschberg - Cunnersdorf
88602
Erich Haabe empfiehlt seine
88601
Hirschberg Rsb.
88602
Karl Sonntag, Hellerstraße 12 a
88602
Otto Jaedel, Uhrmacher
88601
Herren- und Junglings-Konfektion
88602
Fritz Bischoff, Ederstraße 12
88602
Herrmann Hirschfeld
88602
H. Brachmann, Seiffenberger Str. 11
88602
Albert Becker, Markt 58
88602
Herrmann H. Weidmann
88602
Herrmann Hermann Weidmann
88602
Rosa Kluge
88602
J.L. Pariser's Wwe.
88604

Hirschberg
E. Türks
88602
Julius Flade & Sohn
88602
Schmiedeberg
JOHANN LINDNER
88607
Bruno Reichelt, Oberstraße 23
88602
Berthold Häring
88602
Glogau
E. Lindner, Lange Str. 17
88602
Lauban
Emil Boehmann, Nicolaisstr. 5
88602
Herrnsdorf - Knauff
WALDEMAR GATTERT
88602
JULIUS ALBRECHT
88602
PAUL WITTIG
88602

Petersdorf
Germann Richter, Kolonialwarenhandl.
88601
Fritz Bernert - Installation
88600
Günther Gier - Kolonialwaren
88600
„Berichterstatter“
88600
ELIAS & HAHN
88607
Kirsch Seifling
88600
Max Wanzig - Petersdorf 223
88605
Albert Lepper, Schokoladen, Kolonial-
88604
Georg Wefferhacht
88602
„Gasman zur Sonne“
88602
Wilhelm Friedrich
88601
JULIUS KÖHLER
88600
Peiffersdorf
August Hietel - Hauptstraße 70
88257
Max Zandberg - Hauptstraße 89
88258
Sprottau
Carl Seibel - Ringstraße 1
88606

Mansierberg
Trinkt einheimisches Bier
88602
HUTBAZAR WENSKÉ
88608
Fritz Runtzsch
88608
Berthold Schwab
88608
Neusalz a. d. O.
88604
A. Krause
88605
Max Jordan
88605

St.
88602

Kaufhaus
88602

PAUL WITTIG
88602

Billig und gut kaufen Sie
88602